

GI Leitsätze

Unlauterer Wettbewerb / Wirtschaftsprüfersiegel

Wer ein dem WP- bzw. vBP-Siegel nachgebildetes Imitat verwendet, macht irreführende Angaben über seine geschäftlichen Verhältnisse.

(LG Hannover, Beschl. v. 16. 12. 1992 – 22 O 156/91 – WPK-Mitt. 1993, 80)

Mehrfache Rechtsmitteleinlegung

Werden in einer Sache von verschiedenen Anwälten derselben Partei zwei Berufungsschriften eingereicht, handelt es sich im Rechtsinn um ein einheitliches Rechtsmittel.

Frist zur Begründung der zuerst eingelegten Berufung wird daher durch eine Fristverlängerung auch dann verlängert, wenn diese vom dem Anwalt, der die zweite Berufungsschrift eingereicht hat, beantragt worden ist.

(BGH, Beschl. v. 15. 10. 1992 – I ZB 8/92)

Fristversäumnis / Diplomjurist / Neue Bundesländer

Einer als Rechtsanwältin im Beitrittsgebiet zugelassenen Diplomjuristin, die einem am Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwalt deshalb erst nach Ablauf der Revisionsfrist mit der Einlegung der Revision beauftragt, weil ihr die Voraussetzungen für eine zulässige Revision nicht bekannt sind und weil sie sich nicht in geeigneter Weise rechtzeitig über diese Voraussetzungen informierte, kann eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt werden, weil die Fristversäumnis auf einem verschuldeten Rechtsirrtum beruht.

(BGH, Beschl. v. 24. 6. 1993 – VII ZR 8/93)

Entscheidungsauszug

- a) Die Fristversäumnung war schon deshalb verschuldet, weil von einer Rechtsanwältin im Beitrittsgebiet, die als Diplom-Juristin ausgebildet worden ist, **zwei Jahre nach der Wiedervereinigung und nach Inkrafttreten der ZPO erwartet werden muß, daß sie entweder die Voraussetzungen für eine zulässige Revision zum Bundesgerichtshof kennt oder in der Lage ist, diese Voraussetzungen anhand der Gesetzestexte und eines der üblichen Kommentare zur ZPO verläßlich zu ermitteln** (zur Versäumnung einer Berufungsfrist durch eine Partei aus der ehemaligen DDR vgl. Beschl. v. 11. 11. 1992 – XII ZB 101/92, a.a.O.).
- b) Unabhängig davon hat die Klägerin, die sich ihrer unzureichenden Kenntnisse über das Rechtsmittel der Revision bewußt war, von dem Zeitpunkt an, zu dem sie von dem Urteil Kenntnis erlangt hat, bis zum Ablauf der Revisionsfrist mehrfach schuldhaft ungeeignete Versuche unternommen, um die aus ihrer Sicht unklare Rechtslage rechtzeitig aufzuklären.

Steuerberaterhaftung

- Beratungspflicht
 - „relativ sicherster Weg“
 - Schaden
 - Verjährungsbeginn
 - Anmerkung
- (BGH, Urt. v. 3. 6. 1993 – IX ZR 173/92)

Leitsätze:

- a) Der steuerliche Berater hat seine Beratung an einer dem Mandanten günstigen höchstrichterlichen Rechtsprechung grundsätzlich auch dann auszurichten, wenn sie im Schrifttum bekämpft wird und nicht auszuschließen ist, daß sie sich in Zukunft ändert.
- b) Hat der steuerliche Berater eine rechtliche Gestaltung empfohlen, die eine steuerliche Mehrbelastung bewirkt hat, welche bei Beachtung der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung infolge der darauf beruhenden ständigen Praxis der Finanzbehörden nicht eingetreten wäre, ist ein dem Berater zuzurechnender Schaden auch dann zu bejahen, wenn die höchstrichterliche Rechtsprechung sich später ändert und auf der Grundlage der neuen Auffassung der erteilte Rat nicht fehlerhaft gewesen wäre.

Leitsatz (d. Verf.):

Für den Verjährungsbeginn ist es gleichgültig, ob es sich bei dem schädigenden Steuerbescheid um einen Grundlagen- oder um einen Leistungsbescheid handelt.

Tatbestand:

Der Kläger nimmt die in einer Sozietät verbundenen beklagten Steuerberater – der Erstbeklagte ist zugleich Rechtsanwalt – wegen falscher steuerlichen Beratung auf Schadenersatz in Anspruch.

Im Jahre **1975** erfuhr der Kläger, daß auf einem Teil des von ihm bewirtschafteten, ihm zu Miteigentum gehörenden Landgutes Bodenmaterial lagere, welches für den Bau eines nahen Autobahn-Teilstücks verwendbar sei. Der Kläger wollte dieses Bodenvorkommen in Zusammenarbeit mit seinem Informanten, dem Kaufmann B., nutzen. Im Frühjahr 1977 unterrichtete der Kläger davon den Erstbeklagten – der in der Folgezeit allein

für ihn tätig wurde – und bat um steuerliche Beratung. **Dabei ging es von Anfang an** wesentlich darum, bei fortschreitendem Bodenabbau die steuerliche Anerkennung von Abschreibungen für Substanzverringerungen (Afs) gemäß **§ 7 Abs. 6 EStG zu sichern**.

Im **Laufe des Jahres 1979** riet der Erstbeklagte zur Gründung einer OHG, die mit Vertrag vom 4. 7. 1980 – rückwirkend auf den 1. 7. 1979 – vereinbart und anschließend im Handelsregister eingetragen wurde. In diese Gesellschaft brachte der Kläger den Besitz und das Ausbeutungsrecht am Grund und Boden ein. Schon am 14. 3. 1979 hatte B. auf einen von ihm im Februar 1978 gestellten Antrag die Abgrabungsgenehmigung durch das Regierungspräsidium erhalten. Am 20. 8. 1979 hatten der Kläger und B. mit der Arbeitsgemeinschaft A 33 eine Vereinbarung über die Nutzung der besagten Flächen im Umfang der Abgrabungsgenehmigung geschlossen. In den folgenden Jahren wurde das Bodenvorkommen teilweise abgebaut.

Mit Bescheid vom 4. 8. 1982 lehnte das Finanzamt die Durchführung einer gesonderten Gewinnfeststellung mit der Begründung ab, die Einkünfte der OHG seien als solche aus Vermietung und Verpachtung anzusehen. Nachdem es diesen Bescheid im anschließenden finanzgerichtlichen Verfahren aufgehoben hatte, erließ das Finanzamt am 21. 9. 1983 einen Bescheid zur einheitlichen und gesonderten Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. **AfS wurden darin wieder** nicht anerkannt. Auch gegen diesen Bescheid erhob der Kläger nach erfolglosem Einspruchsverfahren Klage. Mit Urteil vom 23. 9. 1986 bestätigte das Finanzgericht die Auffassung der Finanzverwaltung. Die klageabweisende Entscheidung wurde rechtskräftig.

Am 20. 11. 1986 vereinbarten die Parteien **die Beendigung des Mandatverhältnisses**. Der neue Steuerberater veranlaßte, daß Mitte des Jahres 1987 die Gesellschaftsform in eine GmbH & Co. KG geändert wurde. Aufgrund einer im Jahre 1988 durchgeführten Betriebsprüfung behandelt das Finanzamt nunmehr die Gesellschaft mit Wirkung vom 1. 1. 1984 als Gewerbebetrieb und berücksichtigt AfS aus der Abgrabung.

Frühestens um die Jahreswende 1986/87 beauftragte der Kläger Rechtsanwälte mit der Wahrnehmung seiner Interessen gegenüber den Beklagten. Mit der ihnen am 12. 2. 1988 zugestellten Klage verlangt er Schadenersatz, weil die Einkünfte der Gesellschaft in den Jahren 1979 bis 1983 steuerlich als solche aus Vermietung und Verpachtung behandelt und infolgedessen keine AfS anerkannt wurden. Er ist der Auffassung, der Beklagte zu 1) habe es versäumt, ihm die Errichtung einer GmbH & Co. KG mit B. zu empfehlen. Der Kläger meint, eine solche Gesellschaft wäre als

Gewerbebetrieb eingestuft worden und hätte ab 1979 AfS geltend machen können. Die Beklagten, die eine Pflichtverletzung leugnen und einen Schaden bestreiten, berufen sich auch auf Verjährung.

Die – im Berufungsrechtszug noch in Höhe von 200.000 DM aufrechterhaltene – Klage hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Mit der Revision verfolgt der Kläger sein Begehren in dieser Höhe weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

1. Das Berufungsgericht ist der Ansicht, der Erstbeklagte habe den Kläger nicht **fehlerhaft beraten**. Nach der damals geltenden Regelung (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG 1979) seien OHG und GmbH & Co. KG gleichgestellt gewesen. Eine OHG habe sich schneller und kostengünstiger verwirklichen lassen. Die Gesellschaft habe nur Vermögensverwaltung betrieben. Sie habe lediglich das **Ausbeuterecht an dem Grundstück** einem Dritten zur Nutzung überlassen. Die Entgelte daraus seien Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Die Gesellschaft wäre daher richtigerweise auch dann nicht als Gewerbebetrieb anerkannt worden, wenn sie in der Form einer GmbH & Co. KG geführt worden wäre. Dies sei durch die Entscheidung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 25. 6. 1984 (BFHE 141, 405), mit der er die „Gepräge“-Rechtsprechung aufgegeben habe, klargestellt worden. Die durch das Steuerbereinigungsgesetz 1986 (BGBl I 1985, 2436) später bewirkte gesetzliche Verankerung der „Gepräge“-Rechtsprechung habe auf die Beurteilung des hier streitigen Zeitraums keinen Einfluß mehr.
2. Diese Erwägungen halten der revisionsrechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Inhalt des vom Kläger erteilten Auftrags war die Beratung in allen steuerlichen Fragen, die mit der beabsichtigten Nutzung des Bodenvorkommens zusammenhingen. Dazu gehörte insbesondere die Aufgabe, dem Kläger – sofern steuerrechtlich möglich – eine Gestaltung seiner geschäftlichen Beziehung zu B. zu empfehlen, bei der er den Bodenschatz als notwendiges Betriebsvermögen in einen Gewerbebetrieb einlegen und auf diese Weise entsprechend dem Bodenabbau AfS (§ 7 Abs. 6 EStG) in Anspruch nehmen konnte. Dabei hatte der Beklagte kraft des erhaltenen Auftrags den Kläger umfassend steuerlich zu beraten, ihm insbesondere **den relativ sichersten Weg**

aufzuzeigen und ihn möglichst vor Schaden zu bewahren (BGH, Urt. v. 24. 9. 1986 – IV a ZR 236/84, GI 86, 169 = ZIP 1986, 1468, 1470 f.; v. 25. 2. 1987 – IV a ZR 162/85, GI 87, 173 = WM 1987, 721, 723; v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 NJW-RR 1992, 1110, 1112; v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1140). Infolgedessen mußte der Erstbeklagte dem Kläger die Rechtsform empfehlen, die am besten geeignet war, die gewünschte steuerliche Rechtsfolge zu bewirken. Mit der Errichtung einer GmbH & Co. KG wären die mit einer OHG insoweit verbundenen Risiken – die sich im Streitfall zum Nachteil des Klägers ausgewirkt haben – vermieden worden.

- a) Die Inanspruchnahme von AfS gemäß § 7 Abs. 6 EStG setzt die Unterhaltung eines Gewerbebetriebes voraus. Zwar gehören nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG 1979 zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb auch Gewinnanteile der Gesellschafter einer OHG, einer KG und einer anderen Personengesellschaft, bei der der Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen ist. Jedoch begründete die Vorschrift insoweit nur eine Vermutung, die durch den Nachweis, daß kein Handelsgewerbe betrieben wird, widerlegt werden konnte (BFHE 67, 492; 80, 154, 159; 108, 383, 386). Beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, einem Dritten die Ausbeutung von Bodenschätzen zu gestatten, verneinte die Rechtsprechung in der Regel einen Gewerbebetrieb; die Einkünfte wurden als solche aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG) behandelt (BFHE 97, 542; 104, 553; 111, 43). Mit entsprechender Begründung hat das Finanzamt auch im Streitfall Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit nicht anerkannt.

Demgegenüber sah die finanzgerichtliche Rechtsprechung im Zeitpunkt der Beratung sowohl für die Gewerbe- als auch für die Einkommensteuer Tätigkeiten oder Vermögensnutzungen einer Personengesellschaft immer als gewerbliches Unternehmen an, wenn an der Gesellschaft neben natürlichen Gesellschaftern eine Kapitalgesellschaft beteiligt ist, die der Personengesellschaft ihr Gepräge gibt und ihre Tätigkeit entscheidend bestimmt. Das wurde bei einer GmbH & Co. KG, bei der die GmbH der einzige persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafter ist, ohne Ausnahme bejaht (BFHE 84, 471; 106, 331; 118, 559, 561; Zusammenfassung der Rechtsprechung in BFHE 141, 405, 424). Nach dieser Rechtsprechung wären daher die Einkünfte der Jahre 1979 bis 1983 bei Gründung einer GmbH & Co. KG als solche aus gewerblicher Tätigkeit zu behandeln gewesen.

b) An dieser den Interessen seines Mandanten günstigen Rechtsprechung hätte der Erstbeklagte seine Beratung ausrichten müssen. Daß diese Auffassung des Bundesfinanzhofs im Schrifttum sehr umstritten war und mit der Entscheidung des Großen Senats vom 25.6.1984 (BFHE 141, 405, 423 ff) später aufgehoben wurde, entlastet den Beklagten zu I) nicht. **Der Steuerberater hat aufgrund seiner Verpflichtung, die Interessen des Mandanten bestmöglich zu wahren, die sich aus einem bestimmten Verhalten der Finanzbehörde für diesen ergebenden günstigen Rechtsfolgen sogar dann zu beachten, wenn es mit einer höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht in Einklang steht** (Senatsurt. v. 7.5.1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 NJW-RR 1992, 1110, 1112). **Erst recht muß er daher seine Beratung an eine den steuerlichen Absichten des Mandanten entgegenkommende höchstrichterliche Rechtsprechung auch dann anpassen, wenn diese in der Literatur bekämpft wird.** Dies folgt aus seiner Aufgabe, den zur Durchsetzung der Interessen des Mandanten günstigsten zulässigen Weg zu wählen.

Für die Beurteilung, ob der Steuerberater diesen Anforderungen gerecht geworden ist, kommt es, wenn zu den einschlägigen Rechtsfragen eine höchstrichterliche Rechtsprechung besteht, **in der Regel allein auf die Rechtslage an**, die sich infolge dieser **Rechtsprechung** im Zeitpunkt der Beratung ergibt. Ist diese Rechtsprechung für das von dem Mandanten angestrebte steuerliche Ergebnis günstig, gilt das in besonderem Maße. Als es darum ging, eine Gesellschaft zu gründen, bestand eine jahrelange höchstrichterliche Rechtsprechung, die Einkünfte einer GmbH & Co. KG immer als gewerblich im Sinne des Einkommensteuergesetzes behandelte. Das hätte den Beklagten zu I) veranlassen müssen, diese Gesellschaftsform zu empfehlen. **Der Jahre später vollzogene Wandel der Rechtsprechung hat auf die Beurteilung, ob die Beratung pflichtwidrig war, keinen Einfluß mehr;** denn der Beklagte hat zu dem maßgeblichen Zeitpunkt der Errichtung der Gesellschaft den Rat versäumt, der geeignet war, dem Kläger ohne Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen später nicht mehr entziehbare steuerliche Vorteile zu sichern. Es kommt daher insoweit nicht darauf an, ob aus heutiger Sicht die ursprüngliche „Gepräge“-Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs rechtsirrig erscheint und daher bei fehlerfreier Gesetzesauslegung schon 1979 eine GmbH & Co. KG nur unter denselben Voraussetzungen wie eine OHG als Gewerbebetrieb hätte anerkannt werden dürfen.

Es spielt auch keine Rolle, ob sich im Jahre 1979 die später vollzogene Änderung der Rechtsprechung bereits andeutete. Da dem Kläger im Streitfall durch die Gründung einer GmbH & Co. KG – unabhängig

vom Fortbestand der damals geltenden höchstrichterlichen Rechtsprechung – im Vergleich zu den steuerlichen Vorteilen keine wesentlichen Nachteile drohten und im übrigen die gewählte Gesellschaftsform jederzeit wieder hätte geändert werden können, hat der Beklagte zu I) durch die Empfehlung, eine OHG zu gründen, für den Kläger ein unnötiges Risiko geschaffen und damit seinen vertraglichen Pflichten aus dem erteilten Mandat zuwidergehandelt. Das geschah auch schuldhaft, weil er die damalige höchstrichterliche Rechtsprechung zur gewerblichen Tätigkeiten einer GmbH & Co. KG hätte kennen und deren Bedeutung für das vom Kläger angestrebte steuerliche Ziel hätte beachten müssen.

II.

1. Das Berufungsgericht meint weiter, eine eventuelle Pflichtverletzung des Erstbeklagten sei jedenfalls für den **behaupteten Schaden nicht ursächlich** geworden. Zur Begründung hat es ausgeführt:
 - a) Der Kläger habe nicht dargetan, daß es ihm gelungen wäre, 1977 oder 1979 eine GmbH & Co. KG zu gründen. Selbst der Errichtung einer OHG seien monatelang Verhandlungen vorausgegangen.
 - b) Davon abgesehen seien AfS auch deshalb vom Finanzgericht zu Recht versagt worden, weil die Gesellschaft keine Anschaffungskosten gehabt habe. Das Bodenvorkommen sei nicht im Privatbereich des Klägers, sondern nur im Zusammenwirken der mit B. gebildeten Gemeinschaft, als Wirtschaftsgut konkretisiert worden.
2. Diese Gründe tragen die Klageabweisung ebenfalls nicht. Die Pflichtverletzung des Erstbeklagten hatte zur Folge, daß dem Kläger AfS in der Zeit bis 1983 versagt wurden.
 - a) Die Revision beanstandet die Begründung des Berufungsgerichts, der Kläger habe nicht dargetan, daß B. der Errichtung einer GmbH & Co. KG zugestimmt hätte, zu Recht als verfahrensfehlerhaft. Die Beklagten haben in den Tatsacheninstanzen nicht bestritten, daß eine Gründung der GmbH & Co. KG statt einer OHG möglich gewesen wäre. Sie haben sich lediglich gegen die Behauptung des Klägers gewehrt, sie hätten schon 1977 eine entsprechende Gesellschaftsform empfehlen müssen, und vorgetragen, die für eine entsprechende Beratung erforderliche Information habe der Beklagte zu I) erst im Laufe des Jahres 1979 erhalten. Unter Hinweis auf die Dauer der Verhandlungen über den OHG-Vertrag haben sie zudem bestritten, daß der Kläger und B. sich noch im

Jahre 1979 über die Gründung einer GmbH & Co. KG einig geworden wären. Im Jahre 1980 hätte daher unstreitig eine GmbH & Co. KG errichtet werden können. Für eine Gründung bereits im Jahre 1979 im Falle sachgerechter Beratung durch den Beklagten zu 1) hat der Kläger Beweis angetreten.

- b) Die Annahme, das Finanzamt hätte selbst bei Bildung einer GmbH & Co. KG AfS gemäß § 7 Abs. 6 EStG nicht anerkannt, ist rechtlich nicht haltbar.
- aa) Allerdings folgt aus den Vorschriften der §§ 7 Abs. 1 und 6 EStG, 11 d EStDV 1965, daß AfS bei Wirtschaftsgütern, für die keine Anschaffungskosten entstanden sind, nicht geltend gemacht werden können. **Nach dem Zweck der genannten Vorschriften soll nicht der beim Abbau entstehende Wertverlust ausgeglichen, sondern der Aufwand für den Erwerb eines Wirtschaftsguts auf den Zeitraum seiner Nutzung verteilt werden** (BFHE 124, 450, 453; 128, 226, 228; 154, 358, 361). Gemäß § 11 d Abs. 2 EStDV sind daher bei Bodenschätzen, die der Steuerpflichtige auf einem ihm gehörenden Grundstück entdeckt hat, AfS nicht zulässig. Als Anschaffungskosten gelten jedoch die Werte, zu denen die Wirtschaftsgüter im Falle einer Einlage in eine gewerblich tätige Gesellschaft anzusetzen sind (BFHE 124, 501, 503; 140, 270, 271 f; 150, 534, 536). **Eine solche Einlage bejaht die höchstrichterliche Rechtsprechung, wenn der Bodenschatz im Privatvermögen entdeckt und erst hernach in ein gewerbliches Unternehmen eingebracht worden ist** (BFHE 124, 501, 503; 150, 534, 536 f).
- bb) Bodenschätze stellen steuerrechtlich kein besonderes, vom Grund und Boden getrenntes Wirtschaftsgut dar, solange der Eigentümer den Bodenschatz nicht selbst nutzt oder durch einen anderen nutzen läßt. Das Bodenvorkommen wird erst dann ein Wirtschaftsgut im einkommensteuerrechtlichen Sinne, wenn der Eigentümer darüber verfügt, indem er es zu verwerten beginnt. Das ist der Fall, sobald der Bodenschatz in den Verkehr gebracht wird, d. h. mit seiner Aufschließung begonnen wird oder mit ihr zu rechnen ist (BFHE 137, 32, 35; 150, 534, 536). **Wird der Bodenschatz nicht in die Gesellschaft eingebracht, entsteht er vielmehr originär im gewerblichen Bereich, können keine (fiktiven) Anschaffungskosten nach § 7 Abs. 6 EStG abgeschrieben werden** (BFHE 128, 226, 229; 154, 358, 362).
- cc) Im Streitfall ist der Bodenschatz im Privateigentum des Klägers greifbar geworden. Die Grundstücke, in denen sich das zum Abbau geeignete Bodenvorkommen befand, gehörten zum land- und fort-

wirtschaftlichen Vermögen des Klägers. Da für den Abbau eine behördliche Genehmigung erforderlich war, entstand der Bodenschatz als Wirtschaftsgut erst, **sobald er aufgrund der erteilten Genehmigung in Verkehr gebracht werden durfte** (BFH BStBl II 1990, 317, 319). Zu diesem Zeitpunkt (14. 3. 1979) befand sich der Bodenschatz noch im rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentum des Klägers. Daß nicht er selbst, sondern B. im Einvernehmen mit ihm die Genehmigung beantragt und erhalten hatte, ändert – entgegen der Ansicht des Finanzgerichts Münster im Urt. v. 23. 9. 1986 – nichts an der Entstehung des Wirtschaftsguts im Privatvermögen des Klägers. Nach den von den Parteien nicht angegriffenen tatrichterlichen Feststellungen war der Bodenschatz im Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht dem Gewerbebetrieb übertragen; denn zu diesem Zeitpunkt hatte der Kläger das Verfügungsrecht über das Bodenvorkommen. Außerdem war die Art und Weise der Beteiligung von B., insbesondere die Frage, ob mit ihm zusammen eine Gesellschaft gegründet wurde, nicht geklärt. Die Überführung in einen gewerblichen Betrieb hing daher noch von einer Entscheidung des Klägers ab. Die spätere Überleitung des Wirtschaftsgutes in das Gesellschaftsvermögen ist daher nicht mit den Fällen vergleichbar, in denen ein Unternehmer Grundstücke für gewerbliche Zwecke erworben und sogleich in der Bilanz des Unternehmens ausgewiesen hat (vgl. BFHE 124, 501, 503 f; 128, 226, 229; 137, 32, 35; 150, 534, 537 f). Demzufolge hat die Finanzverwaltung nach Anerkennung der Gesellschaft als Gewerbebetrieb insoweit niemals Einwendungen erhoben und die beantragten AfS ab 1984 ohne Einschränkung gewährt.

- c) Der Kläger hat nachvollziehbar dargelegt, ihm sei durch die Versagung der AfS für die Jahre 1979 bis 1983 ein wirtschaftlicher Nachteil in Höhe von über 500.000 DM entstanden. Feststellungen dazu hat das Berufungsgericht – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – nicht getroffen, so daß von diesem Vorbringen in der Revisionsinstanz auszugehen ist. Der Kläger hat Anspruch auf Ersatz der erlittenen Verluste.

Bei der Beurteilung, ob dem Kläger aus fehlerhafter Beratung ein Schaden entstanden ist, hat das für den Regreßprozeß zuständige Gericht grundsätzlich nicht darauf abzustellen, wie die zuständige Verwaltungsbehörde oder das damals angerufene Gericht ohne die Pflichtverletzung tatsächlich entschieden hätte, **sondern aufgrund der gesamten Sach- und Rechtslage selbständig darüber zu befinden, wie das betreffende Verfahren ohne den dem Berater zur Last fallenden Fehler richtigerweise hätte ausgehen müssen** (BGHZ 36, 144, 154; 72, 328, 330; 79, 223, 225 f; BGH, Urt. v. 2. 7. 1987 – IX ZR 94/86, GI 88,

94 NJW 1987, 3255; v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, GI 88, 164 = NJW 1988, 3013, 3015). Wesentlich für diese Rechtsprechung ist vor allem die Erwägung, daß es bei **wertender Betrachtungsweise nicht als Schaden im Rechtssinne angesehen werden kann, wenn sich im Haftungsprozeß herausstellt, daß die Partei im Vorprozeß objektiv zu Recht unterlegen war** (Senatsurt. v. 2. 7. 198 a.a.O.).

Trotzdem braucht der Senat im Streitfall nicht zu entscheiden, ob zum damaligen Zeitpunkt die „Gepräge“-Rechtsprechung (BFHE 84, 471; 106, 331; 118, 559, 561) das Gesetz zutreffend auslegte oder der seit dem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 25. 6. 1984 (BFHE 141, 405, 424 ff) – bis zum Inkrafttreten von § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG in der Fassung des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 (BGBl I 1985, 2436) – vertretenen Auffassung zu folgen ist, die die GmbH & Co. KG grundsätzlich nur unter denselben Voraussetzungen wie eine OHG als Gewerbebetrieb ansieht. **Der vorbezeichnete Grundsatz der selbständigen Rechtsprüfung durch das Regreßgericht erfährt dann eine Ausnahme, wenn der Verwaltungsbehörde ein Ermessensspielraum zustand oder eine Bindung aufgrund allgemeiner Verwaltungsübung eingetreten war. In solchen Fällen ist die mutmaßliche Behördenentscheidung festzustellen.** (BGHZ 79, 223, 226 ff; BGH, Urt. v. 23. 2. 1959 – III ZR 77/58, NJW 1959, 1125, 1126; v. 6. 2. 1991 – VIII ZR 26/90, GI 91, 115 = WM 1991, 765). Nach dem Grundsatz der Selbstbindung der Verwaltung darf die Finanzbehörde nicht willkürlich in Einzelfällen, die von einer ergangenen Verwaltungsanweisung gedeckt sind, deren Anwendung ablehnen (vgl. dazu BFHE 105, 458, 459; 126, 217, 219; Tipke/Kruse, AO/FGO 14. Aufl. § 4 AO Rdnr. 32 ff, vor § 204 AO Rdnr. 31; Klein/Orlopp, AO 4. Aufl. § 4 Anm. 5 e). **Aus einer solchen ständigen Verwaltungsübung erwächst ein rechtlich geschütztes Vertrauen des Steuerpflichtigen, das auch bei Beurteilung der Frage, ob er durch das Verhalten des Beraters geschädigt wurde, zu beachten ist** (vgl. BGHZ 79, 223, 230 f; BGH, Urt. v. 6. 2. 1991 a.a.O. S. 768). Das wirkt sich hier zugunsten des Klägers aus.

Unstreitig hatte – nachdem der Bundesfinanzhof in einem Beschl. v. 10. 11. 1977 (BStBl II 1978, 15) erstmals Zweifel hatte anklingen lassen, ob eine Personengesellschaft im Falle einer GmbH & Co. KG generell als Gewerbebetrieb anzusehen sei – die Oberfinanzdirektion Münster durch Rundverfügung vom 30. 5. 1979 angeordnet, daß bis zu einer abschließenden Entscheidung die „Gepräge“-Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs in solchen Fällen weiter anzuwenden sei. Danach ist nicht zweifelhaft, daß die Finanzbehörde bei Errichtung einer GmbH & Co. KG einen Gewerbebetrieb bejaht und infolgedessen AfS nach § 7 Abs. 6 EStG nicht beanstandet hätte. **Die Gründung einer Gesellschaft bedeu-**

tete, entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung, keinen Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsformen im Sinne des § 42 AO. Davon ist auch das Finanzamt bereits im Einspruchsverfahren gegen den Feststellungsbescheid vom 4. 8. 1982 und seither ständig ausgegangen. Folglich wäre es nicht mehr zu einem Prozeß vor dem Finanzgericht gekommen.

III.

1. Schließlich meint das Berufungsgericht, der Klageanspruch sei verjährt. Die dreijährige Frist des **§ 68 StBerG** habe mit der Gründung der OHG am 4. 7. 1980 begonnen. Der Schaden sei mit der rechtlichen Bindung an den Tatbestand, der den behaupteten steuerlichen Nachteil herbeigeführt habe, eingetreten. Damit sei ein eventueller Sekundäranspruch spätestens seit dem 3. 7. 1986 verjährt.
2. Dagegen wendet sich die Revision ebenfalls mit Erfolg.
 - a) Der Beklagte zu 1) hat den Kläger hinsichtlich der zu wählenden Gesellschaftsform unzureichend beraten. **Auch in Fällen mangelhafter Gestaltungsberatung beginnt die Verjährung grundsätzlich frühestens mit Zugang des Steuerbescheides, wenn ein solcher ergehen muß, um die steuerlichen Folgen des Gestaltungsgeschäfts zu regeln** (Senatsurt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, GI 92, 311 = NJW 1992, 2766, 2767 z.V. in BGHZ 119, 69 bestimmt; v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1141; v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92, GI 93, 187 = NJW 1993, 1137, 1138). Der Fehler des Beklagten wäre folgenlos geblieben, wenn die Finanzbehörde auch die OHG als Gewerbebetrieb im Sinne des § 15 EStG anerkannt hätte. Erst durch den Erlaß des Steuerbescheides, der die Einkünfte als solche aus Vermietung und Verpachtung behandelte und demzufolge AfS nach § 7 Abs. 6 EStG versagte, wirkte sich die Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) für den Kläger nachteilig aus. **Der Schaden des Klägers war daher frühestens mit Zugang des negativen Gewinnfeststellungsbescheids vom 4. 8. 1982 eingetreten.**

Auch ein Feststellungs-(Grundlagen-)Bescheid des Finanzamts ist wegen der von ihm ausgehenden Bindungswirkung (vgl. § 171 Abs. 10 AO) geeignet, die Verjährungsfrist in Lauf zu setzen (Senatsurt. v. 2. 7. 1992 a.a.O. S. 2768). Da der Feststellungsbescheid die für den Eintritt eines Schadens maßgebliche Frage – ob die gegründete OHG als Gewerbebetrieb anzusehen war – zum Nachteil des Klägers entschied, bildet er im Streitfall den zutreffenden Anknüpfungspunkt für den Beginn der Verjährung.

- b) Ob der Lauf der Verjährungsfrist schon mit Zugang des Bescheides vom 4.8.1982 oder – wegen dessen Aufhebung im anschließenden finanzgerichtlichen Verfahren – erst aufgrund des am 21.12.1983 ergangenen einheitlichen Feststellungsbescheids begann, braucht der Senat nicht zu entscheiden; denn in jedem Falle kann der Kläger verlangen, so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des Primäranspruchs nicht eingetreten (sogenannter Sekundäranspruch).

Aufgrund des Erlasses der Feststellungsbescheide sowie der Bearbeitung der dagegen gerichteten Rechtsbehelfsverfahren konnte der Erstbeklagte erkennen, daß der Rat, eine OHG zu gründen, fehlerhaft war. Damit hatte er zu einem Zeitpunkt, als das Mandat noch bestand, Veranlassung, den Kläger über seine Haftung und die maßgeblichen Verjährungsvorschriften zu belehren (vgl. BGHZ 83, 17, 21 ff; 114, 150, 157). Diese Belehrungspflicht blieb bestehen; denn der Kläger hat vor Ablauf der Primärverjährung keinen Rechtsrat in Anspruch genommen. Selbst dann, wenn die Primärverjährung erst mit Zugang des 1983 erlassenen Feststellungsbescheids einsetzte, war sie spätestens Ende September 1986 abgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kläger noch keinen Anwalt mit der Vertretung seiner Interessen gegenüber dem Beklagten beauftragt. Der Sekundäranspruch war noch nicht verjährt, als die Klage am 12.2.1988 zugestellt wurde.

- c) Die Betriebsprüfung sowie die daraufhin in den ersten Monaten des Jahres 1985 ergangenen geänderten Steuerbescheide sind für den Lauf der Verjährungsfrist nicht von Bedeutung. **Der aufgrund einer fehlerhaften Gestaltungsberatung entstandene wirtschaftliche Nachteil ist verjährungsrechtlich als ein Ganzes anzusehen, so daß grundsätzlich mit Eintritt des ersten Schadens eine einheitliche Verjährungsfrist zu laufen beginnt** (Senatsurt. v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 NJW 1993, 1139, 1141 m.w.N.). Im übrigen haben die Beklagten nicht dargelegt, daß die Betriebsprüfung eine Erhöhung des hier geltend gemachten Schadens zur Folge hatte (vgl. BGHZ 114, 150 = GI 91, 171).

IV.

Ist ein Ersatzanspruch des Klägers gegen den Erstbeklagten wegen fehlerhafter Steuerberatung begründet, haftet die Zweitbeklagte für diesen Schaden als Gesamtschuldnerin (§ 421 BGB).

Wer einen einer Sozietät angehörenden Steuerberater beauftragt, schließt den Vertrag – nicht anders als bei Einschaltung eines Anwalts – im Zweifel mit allen in der Sozietät verbundenen Steuerberatern und Rechtsanwälten (BGHZ 83, 328 = GI 14/82). Umstände, die im Streitfall

auf einen davon abweichenden Willen des Klägers hindeuten, sind nicht vorgetragen. Daß beide Beklagte Steuerberater sind, nur der Erstbeklagte aber daneben gleichzeitig Rechtsanwalt ist, schließt ein Vertragsverhältnis des Klägers mit der Sozietät nicht aus. Die unterschiedliche berufliche Qualifikation der einzelnen Mitglieder der Sozietät hat lediglich zur Folge, daß eine gesamtschuldnerische Verpflichtung nur entstehen kann, soweit jeder die generellen rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen zur Bearbeitung des erhaltenen Auftrags erfüllt. Daher konnte dem Kläger gegenüber allein im Bereich der Steuerberatung eine Mithaftung der Zweitbeklagten begründet werden. Da der Fehler, aus dem der Kläger seinen Ersatzanspruch herleitet, die steuerberatende Tätigkeit betrifft, hat die Beklagte zu 2) für den daraus entstandenen Schaden als Gesamtschuldner einzustehen.

V.

Die Sache ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 ZPO).

Da die **behauptete Schadensumme den Klagebetrag übersteigt**, wird der Kläger in der neuen Verhandlung zunächst angeben müssen, **in welcher Reihenfolge er die Nachteile aus den Jahren 1979 bis 1983 geltend machen oder wie er sie auf die Klagesumme verteilen will**. Ohne diese Klarstellung genügt die Klage nicht den Anforderungen des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO (vgl. BGH, Urt. v. 8. 12. 1989 – V ZR 174/88, NJW 1990, 2068, 2069 m.w.N.).

Soweit der Kläger Schaden aus dem Jahre 1979 ersetzt verlangt, wird das Berufungsgericht zu klären haben, wann für den Beklagten zu 1) erstmals Veranlassung bestand, die Errichtung einer GmbH & Co. KG zu empfehlen, und ob bei rechtzeitiger Beratung eine solche Gesellschaft noch im Jahre 1979 gegründet worden wäre.

Anmerkung:

Die Darlegungen des BGH zur Beratungspflicht und zur Einhaltung des „relativ sichersten Weges“ entspricht bisheriger Rechtsprechung. Der Steuerberater hat sich an der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes anzulehnen. Es ist gleichgültig, ob diese in der Literatur bekämpft wird (Gräfe/Lenzen/Rainer Steuerberaterhaftung 2. Auflage Tz. 247 m.w.N.; für den Anwaltsregreß ebenso OLG Düsseldorf GI 1993, 139).

Interessant ist die Entscheidungsaussage zum Schaden: Regelmäßig muß das Regreßgericht die objektiv richtige Entscheidung der Finanzbehörde suchen. Dies gilt nicht, wenn die Finanzverwaltung einen Ermessensspielraum hatte oder sie aufgrund allgemeiner Verwaltungsübung gebunden war. In diesem Fall ist die mutmaßliche Behördenentscheidung festzustellen. Hier schließt das Urteil an die Entscheidung des BGH vom 15. 1. 1981 – VII ZR 44/81 (NJW 1981, 920) – an.

Bei den Ausführungen zum Verjährungsbeginn des Regreßanspruches verbleibt der 9. Senat bei seiner mandantenfreundlichen Auffassung, daß entscheidend der Zugang des schädigenden Steuerbescheides sei. Es ist zu beachten, daß diese Rechtsprechung sich lediglich auf die steuerliche Gestaltungsberatung bezieht. Bei fehlerhafter Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten stellt der BGH nach wie vor für den Verjährungsbeginn auf den Zeitpunkt der rechtlichen Bindung, d. h. der fehlerhaften rechtsgeschäftlichen Gestaltung ab (BGH Urt. v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90 GI 1991, 223 = WM 1991, 1303).

Anwaltshaftung

- Beweissicherung
- Risikoberatung
- 2 Anwälte

(BGH, Urt. v. 3. 7. 1993 – IX ZR 242/92)

Leitsatz:

Wird ein Rechtsanwalt beauftragt, Schadenersatzansprüche geltend zu machen, kann er verpflichtet sein, zur Vorbereitung des Prozesses, in welchem ein substantiierter Vortrag zu Ursachen, Art und Umfang des Schadens erwartet wird, entsprechende Feststellungen zu veranlassen und Beweise zu sichern.

Tatbestand:

Die Klägerin, die ein Modegeschäft betreibt, mietete mit schriftlichem Vertrag vom 24. 11. 1987 von der M.-Immobilien GmbH & Co. Grundstücksverwertungs-OHG (im folgenden: M.) Geschäftsräume in einem Gebäude, das M. gerade umbauen und instandsetzen ließ. Diese Arbeiten

wurden von der S. GmbH & Co. Bauunternehmung KG (im folgenden: S.) als Generalunternehmerin durchgeführt. Am 9. 6. 1988 wurden der Klägerin die Schlüssel zu den gemieteten Geschäftsräumen übergeben. Zu diesem Zeitpunkt waren diese augenscheinlich bezugsfertig und trocken; in anderen Teilen des Gebäudes waren die Arbeiten noch im Gange. Zwischen dem 9. und dem 13. 6. 1988 verbrachte die Klägerin ihre Waren in den Laden. Bei der Geschäftseröffnung am 13. 6. 1988 bemerkte sie eine großflächige Durchfeuchtung des Teppichbodens. Die Ursache ist unstrittig nicht im Verantwortungsbereich der Klägerin zu suchen. Ob diese schon am 13. 6. 1988 dem Beklagten zu 1), der damals mit dem Beklagten zu 2) eine Anwaltssozietät unterhielt, ein Mandat erteilte, ist zwischen den Parteien streitig. In der Folgezeit unternahm S. – später mit Unterstützung Dritter – den Versuch, die Feuchtigkeit mit Hilfe eines Trocknungsgerätes zu beseitigen. Ende Juni stellte die Klägerin Feuchtigkeitsschäden an ihren Waren fest. Spätestens jetzt beauftragte sie den Beklagten zu 1), Schadenersatzansprüche zu prüfen und durchzusetzen. Im Juli 1988 veranlaßte sie außerdem den Sachverständigen E., ein Gutachten über die Feuchtigkeitsschäden an den Waren zu erstatten. Davon erhielt der Beklagte zu 1) Kenntnis. Ende Juli oder Anfang August 1988 beauftragte die Klägerin den Rechtsanwalt U. mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Wann das dem Beklagten zu 1) erteilte Mandat endete, ist streitig.

Die Warenvorräte, die allesamt in dem Ladenlokal belassen wurden, verkaufte die Klägerin nach und nach bis spätestens Ende September 1988. Einen Teil konnte sie zu ermäßigten Preisen im Laden absetzen; den Rest überließ sie in Bausch und Bogen einem Textilverwertungsunternehmen.

Im Jahre 1989 erhob die Klägerin – gestützt auf das Gutachten E. – gegen S. Klage auf Ersatz eines Teils ihres Warenschadens. Das Landgericht M. wies die Klage mit Urteil vom 21. 3. 1990 ab. In den Gründen führte es unter anderem aus, die Klägerin habe den Schadenumfang nicht substantiiert dargetan; da eine gleichmäßige Schädigung der aus verschiedenen Materialien bestehenden Kleidungsstücke auszuschließen sei, hätte die Klägerin die Schädigung eines jeden Einzelstückes detailliert vortragen müssen. Hierfür sei das Gutachten E. unbrauchbar. Dieses Urteil wurde rechtskräftig.

Die Klägerin, die sich zu einer derartigen Substantiierung ihres Schadens außerstande sieht und dafür die Beklagten verantwortlich macht, nimmt diese nunmehr auf Ersatz ihres Schadens in Anspruch. Sie hat diesen auf 220.619,79 DM beziffert. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Dagegen richtet sich die Revision, mit der die Klägerin ihren Anspruch in Höhe von 40.000 DM nebst Zinsen weiterverfolgt.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht hat – im wesentlichen auf die Gründe des erstinstanzlichen Urteils Bezugnehmend – eine Pflichtverletzung der Beklagten im Zusammenhang mit dem Vorwurf, sie hätten nicht alles getan, um der Klägerin in einem späteren Rechtsstreit schlüssigen Sachvortrag zu ermöglichen, verneint. Anderweitige Pflichtenverstöße hatte es offengelassen, weil die Klägerin den Prozeß gegen S. ohnedies verloren hätte. Ergänzend hat es ausgeführt, wenn der im Jahre 1988 entstandene Schaden der Klägerin auch ohne die angeblichen Versäumnisse der Beklagten unter Beweisantritt beziffert werden könne, so hätte dieser Beweis auch schon im Vorprozeß angetreten werden können.

II.

Das Urteil hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Nach gefestigter Rechtsprechung ist ein Rechtsanwalt im Rahmen des ihm erteilten Auftrages verpflichtet, den Auftraggeber **allgemein und umfassend zu belehren**, seine Belange nach jeder Richtung wahrzunehmen und die Geschäfte so zu erledigen, daß Nachteile für ihn möglichst vermieden werden (vgl. BGHZ 89, 178, 181 ff; 97, 372, 376; BGH, Urt. v. 16. 5. 1991 – IX ZR 181/90, NJW 1991, 2079, 2080; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, NJW 1992, 1159, 1160; v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92, z. V. b.).

Wird ein Rechtsanwalt beauftragt, Schadenersatzansprüche geltend zu machen, kann er verpflichtet sein, zur Vorbereitung des Prozesses, in welchem ein substantiierter Vortrag zu Ursachen, Art und Umfang des Schadens erwartet wird, entsprechende **Feststellungen zu veranlassen und Beweise zu sichern. Dies gilt insbesondere dann, wenn zu befürchten ist, daß solche Feststellungen später nicht mehr nachgeholt werden, Beweismittel verlorengehen oder in Zukunft nur noch schwer zugänglich sein können.** Unter solchen Umständen ist regelmäßig die Einleitung eines selbständigen Beweisverfahrens nach §§ 485 ff ZPO angebracht (vgl. Vollkommer, Anwaltshaftung 1989 Rdnr. 537; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 4. Aufl. Rdnr. I 354, 361 ff). Kommt es für die zu treffenden Feststellungen nicht auf besondere Sachkunde an, kann der Anwalt auch in anderer Weise dafür sorgen, daß der Mandant in einem späteren Prozeß zu substantiierten Darlegungen in der Lage ist.

2. Eine solche Pflicht traf im vorliegenden Fall auch die Beklagten.

Der Beklagte zu 1) – und mit ihm sein damaliger Sozium, der Beklagte zu 2) (vgl. BGHZ 56, 355, 359 f.; BGH, Urt. v. 10. 3. 1988 – III ZR 195/86, WM 1988, 986; v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92, z.V. b.) – wurden von der Klägerin beauftragt, **Schadenersatzansprüche wegen der Beschädigung ihrer Waren** geltend zu machen. Ursache dieser Beschädigung war augenscheinlich **Feuchtigkeit**, die in die gemieteten Geschäftsräume eingedrungen war. Nach den Feststellungen des Landgerichts im Vorprozeß verändern sich Textilien unter Feuchtigkeitseinfluß je nach Art des verwendeten Materials und Verarbeitung unterschiedlich. Die Unterschiede betreffen die Art des Schadens und die Geschwindigkeit, in der sich die Beschädigung vollzieht. Abweichende Feststellungen wurden im vorliegenden Verfahren nicht getroffen. Landgericht und Oberlandesgericht haben im Gegenteil die im Vorprozeß gezogene Folgerung, daß bei der Geltendmachung von Schadenersatz für Feuchtigkeitsschäden an Textilien **Art und Umfang der Beschädigung eines jeden Stücks darzustellen seien**, ausdrücklich gebilligt. Dieses Ergebnis wird auch von den Beklagten nicht angezweifelt. Die danach zu stellenden Anforderungen an die Substantiierung des Schadens waren ihnen auch schon bei der Erledigung des von der Klägerin erhaltenen Auftrags bekannt. Denn sie behaupten, die Klägerin darauf hingewiesen zu haben, daß sie – wenn schon kein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werde – **die einzelnen Kleidungsstücke nach Gattung, Material und Schadenumfang auflisten müsse**. Eine derartige, beweiskräftig festzuhaltende **Bestandsaufnahme war erforderlich**, weil die Klägerin – um den Schaden gering zu halten – fortlaufend bemüht war, auch die beschädigte Ware zu veräußern. Zu diesem Zweck gab sie nicht nur Einzelstücke zu ermäßigten Preisen ab; sie veranstaltete später auch einen Räumungsverkauf und überließ den unverkäuflichen Rest an einen Textilverwertungsbetrieb. Von den Verkaufsbemühungen hatten die Beklagten Kenntnis. Nach der Veräußerung war nicht mehr feststellbar, ob, wie und in welchem Umfang die Einzelteile tatsächlich beschädigt gewesen waren. Damit mußten auch die Beklagten rechnen.

Weil mit der Veräußerung eines jeden Einzelstücks die Möglichkeiten der Klägerin abnahmen, später ihrer Darlegungs- und Beweislast genügen zu können, waren die Beklagten verpflichtet, beweiskräftige Feststellungen zu veranlassen, **bevor** die noch vorhandene Ware veräußert wurde.

Die Beklagten hatten die Klägerin deshalb darauf aufmerksam zu machen, daß vor jeglichem Verkauf beschädigter Ware deren Zustand

– entweder durch einen Sachverständigen, oder durch Personen, die später als Zeugen in Betracht kamen, oder durch die Klägerin selbst im Beisein solcher Personen – festgehalten werden mußte.

3. Diese Pflichten haben die Beklagten nach ihrem eigenen Vorbringen schuldhaft vernachlässigt.

a) Angeblich haben die Beklagten die Klägerin aufgefordert, eine Liste zu erstellen, die den oben beschriebenen Anforderungen entsprochen hätte. Die Klägerin habe aber erklärt, „daß sie das nicht mache“. **Es wäre nunmehr die anwaltliche Pflicht der Beklagten gewesen, der Klägerin deutlich vor Augen zu führen, welches rechtliche Risiko diese Unterlassung nach sich ziehen konnte.** Eine derartige Belehrung erteilt zu haben, behaupten die Beklagten selbst nicht. Sie räumen im Gegenteil ein, daß der Beklagte zu 1) darauf hingewiesen habe, die Durchfeuchtung der Ware könne durch Zeugen eindeutig bestätigt werden. Dieser Hinweis war zumindest irreführend, falls nicht gleichzeitig klargestellt wurde, daß es in einem späteren Prozeß nicht genügen würde, wenn die Klägerin pauschal behauptete und in das Wissen von Zeugen stellte, „die Ware“ sei insgesamt durchfeuchtet gewesen. Daß ein derartiges Vorbringen als unsubstantiiert und entsprechende Beweisantritte wegen Ausforschung zurückgewiesen werden konnten, war für die Beklagten voraussehbar.

b) Entgegen der Meinung der Vorinstanzen wurden die Beklagten der Bemühungen um die Feststellung des Schadenumfangs nicht dadurch enthoben, daß die Klägerin auf Anraten des Einzelhandelsverbandes selbst bei dem Sachverständigen E. ein Privatgutachten in Auftrag gab. Dieses Gutachten kam auf alle Fälle zu spät, um noch Aussagen über den Zustand solcher Waren enthalten zu können, die bereits veräußert waren, als der Gutachter den Bestand besichtigte. Soweit Ware später veräußert wurde, hätten die Beklagten sich allenfalls dann auf das Gutachten verlassen dürfen, wenn sie sich darüber vergewissert hätten, ob der Gutachter als zuverlässig bekannt und ob ihm von der Klägerin ein sachgerechter Auftrag erteilt worden war. Etwas Derartiges hat das Berufungsgericht nicht festgestellt, wird von den Beklagten auch nicht behauptet. Im übrigen wäre das Vertrauen in die Arbeit des Gutachters auch nur gerechtfertigt gewesen, bis das Gutachten vorlag und von den Beklagten überprüft werden konnte.

Auch später haben sich die Beklagten indes um das Privatgutachten nicht gekümmert. Sie haben es insbesondere unterlassen, es auf

seine Tauglichkeit zu prüfen. Der Beurteilung der Vorinstanzen, die Beklagten seien dazu nicht verpflichtet gewesen, vermag der Senat nicht zu folgen.

Nachdem die Beklagten bisher von anderen Maßnahmen zur Feststellung des Schadens abgesehen hatten, kam es entscheidend auf den Inhalt dieses Gutachtens an. Falls es mangelhaft war, hatten die Beklagten damit zu rechnen, daß die Klägerin ihre Rechte nicht würde durchsetzen können. Deshalb hätten die Beklagten, als sie erfuhren, daß die Klägerin ein Gutachten in Auftrag gegeben hatte, diese auffordern müssen, daß sie ihnen das Gutachten – sobald es bei ihr einging – umgehend überließ. Für den Fall, daß sich die Vorlage des Gutachtens verzögerte, hätten die Beklagten bei der Klägerin nachfragen und sie erforderlichenfalls veranlassen müssen, den Sachverständigen zu erinnern, oder dies selbst in die Hand nehmen müssen. Ohne Prüfung des Gutachtens konnten sie dem ihnen erteilten Auftrag, Schadenersatzansprüche der Klägerin zu verfolgen, nicht gerecht werden.

Um das der Klägerin vorliegende Gutachten hätten sich die Beklagten nur dann nicht mehr zu kümmern brauchen, wenn das ihnen erteilte Mandat bereits beendet gewesen wäre. Davon geht das Berufungsgericht jedoch ebensowenig aus wie das Landgericht.

- c) Die Beauftragung eines weiteren Rechtsanwalts durch die Klägerin entband die Beklagten nicht von ihren Pflichten. Die gegenteilige Meinung der Vorinstanzen ist verfehlt. **Beauftragt ein Mandant nebeneinander zwei voneinander unabhängig tätige Rechtsanwälte, so haben beide einen eigenständigen Pflichten- und Verantwortungsbereich. Keiner ist in seinem Pflichtenkreis als Erfüllungsgehilfe des anderen im Sinne des § 278 BGB tätig** (vgl. BGH, Urt. v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, GI 88, 164 = NJW 1988, 1079, 1082; v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87, GI 88, 164 = NJW 1988, 3013, 3014). Selbst wenn die Anwälte voneinander wissen, darf keiner seine eigenen Pflichten im Vertrauen darauf vernachlässigen, der andere werde die seinen erfüllen.

Die Ansicht, die Beklagten hätten davon ausgehen dürfen, die Klägerin wünsche nicht mehr, daß sie sich mit dem Gutachten befaßten, kann sich nicht auf entsprechende Feststellungen stützen.

4. Der Klägerin ist ein Schaden entstanden. Zwar ist nicht auszuschließen, daß der Klägerin wegen der beschädigten Waren Ansprüche gegen die Vermieterin M. zustehen. Die Beklagten verstießen jedoch gegen Treu und Glauben, wenn sie die Klägerin auf einen Rechtsstreit gegen

M. verwiesen. Die Klägerin hat wegen der den Beklagten zur Last fallenden Pflichtverletzung bereits den Prozeß gegen S. verloren. Schon deshalb war und ist ihr nicht zuzumuten, auf der Grundlage der ihr zur Verfügung stehenden Beweismittel einen weiteren Rechtsstreit – gegen ihre Vermieterin – zu führen. Es kommt hinzu, daß bei einer **Schadenschätzung nach § 287 ZPO** (vgl. dazu BGH, Urt. v. 16. 12. 1963 – III ZR 47/63, LM ZPO § 287 Nr. 33; v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92, GI 93, 98 = WM 1993, 382) in einem Prozeß gegen M. und einem Rechtsstreit gegen die Beklagten unterschiedliche Beweisanforderungen bestehen. In dem Verfahren gegen die Beklagten ist nämlich zu deren Lasten auch zu berücksichtigen, daß sie es zu vertreten haben, daß die Klägerin ihren Schaden nicht so eingehend vortragen kann, wie es möglich wäre, wenn die Beklagten ihren Pflichten nachgekommen wären. Freilich werden die Beklagten für den Fall ihrer Verurteilung – sei es im vorliegenden Rechtsstreit, sei es außerhalb dieses Verfahrens (vgl. BGHZ 52, 39, 42) – die Abtretung eines entsprechenden Anspruchs der Klägerin gegen M. verlangen können (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 52. Aufl. § 255 Rdnr. 2, 7; Staudinger/Selb, BGB 12. Aufl. § 255 Rdnr. 20 ff).

5. An der Ursächlichkeit der Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden ist aufgrund des derzeitigen Sach- und Streitstandes nicht zu zweifeln.

a) Hätten die Beklagten darauf gedrungen, daß noch vor der Veräußerung der Waren die Beschädigung eines jeden einzelnen Bestandteils beweiskräftig festgehalten wird – sei es durch einen gerichtlichen Sachverständigen im Rahmen eines Beweissicherungsverfahrens, sei es durch den Privatgutachter E., sei es durch die Klägerin und ihre Mitarbeiterinnen –, wären die Ansprüche, soweit sie gerichtlich geltend gemacht worden sind, nicht an der fehlenden Substantiierung des Schadens gescheitert. Sie würden auch in einem künftigen Prozeß nicht daran scheitern. Daß in dem Vorprozeß gegen S. möglicherweise ein (Mindest-) Schaden nach § 287 ZPO hätte geschätzt werden können, ändert an dem Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung der Beklagten und dem Verlust des Rechtsstreits nichts.

Hätten die Beklagten die Klägerin wenigstens auf die Notwendigkeit eines derartigen Vorgehens aufmerksam gemacht, so hätte sich diese nach allgemeiner Lebenserfahrung einem derartigen Rat nicht verschlossen (BGH, Urt. v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90, GI 92, 28, 58 = WM 1991, 1993, 1994; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, GI 92, 115 = WM 1992, 742, 743; st. Rspr.).

- b) Daß die Klägerin den Vorprozeß ohnedies – auch bei gehöriger Substantiierung des Schadens – wegen überwiegenden Mitverschuldens verloren hätte, wie die Vorinstanzen gemeint haben, läßt sich aufgrund der bisherigen Feststellungen nicht sagen.

Bei der Feststellung, daß der Klägerin ein weit überwiegendes **Mitverschulden** deshalb vorzuwerfen sei, weil sie nach Erkennen der Raumfeuchtigkeit die Waren nicht unverzüglich ausgelagert habe, hat das Berufungsgericht den Prozeßstoff nicht ausgeschöpft. Es mag zutreffen, daß die Klägerin, die als Textilkaufrfrau die Verderblichkeit der Waren bei Nässe selbst beurteilen konnte, insofern die Verantwortung nicht auf die Beklagten abwälzen kann, und zwar selbst dann nicht, wenn diese ihr nicht die Auslagerung empfohlen haben sollten. Das Belassen der Ware in den feuchten Räumen könnte indes deshalb kein besonders schwerwiegender Verstoß gegen die in eigenen Angelegenheiten anzuwendende Sorgfalt gewesen sein, weil nach der Behauptung der Klägerin die hinzugezogenen Fachleute aus dem Bau- und Versicherungsgewerbe – und ebenso die Beklagten – die Feuchtigkeit zunächst für wesentlich weniger schwerwiegend hielten als sie sich später herausstellte. Man versprach sich vom Aufstellen von Trocknungsgeräten rasche und nachhaltige Abhilfe. Diesem Vortrag hat das Berufungsgericht keine Beachtung geschenkt. Davon abgesehen ist bei der Frage des Mitverschuldens auch zu bedenken, daß die Klägerin die Entscheidung über die Auslagerung von einer Risikoabwägung abhängig machen durfte. Es erschien nicht ausgeschlossen, daß die Ladenräume ausgetrocknet sein würden, bevor die Feuchtigkeit die Kleidungsstücke in Mitleidenschaft ziehen konnte. Umgekehrt stand auch nicht fest, ob die Waren ungeachtet eines optisch noch einwandfreien Zustands nicht bereits irreparabel geschädigt waren. Selbst wenn bei einer Auslagerung weitere Schäden vermieden worden wären, hätte die – bei einer Auslagerung nicht zu vermeidende – Schließung des Geschäfts einen anderen Schaden mit sich gebracht. Das Landgericht hat zwar angedeutet, daß sich die Klägerin von „kaufmännischen Erwägungen“ leiten ließ. Es – und auch das Berufungsgericht – hat es aber versäumt, diese Erwägungen zu bewerten und zu gewichten.

Notarhaftung

- Sicherung des Wegerechts
- Verjährungsbeginn des Ersatzanspruchs
- anderweitige Ersatzmöglichkeit

(BGH, Urt. v. 24. 6. 1993 – IX ZR 84/92)

Leitsätze:

1. Soll zugunsten des jeweiligen Eigentümers eines gekauften Grundstücks ein Wegerecht an einem anderen Grundstück durch eine Grunddienstbarkeit gesichert werden, so hat der Notar im Rahmen seiner Pflicht, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des zu beurkundenden Kaufvertrages zu belehren, grundsätzlich auf ihm bekannte, im Grundbuch eingetragene Belastungen des anderen Grundstücks und deren Bedeutung hinzuweisen.
2. Zur Verjährung eines Ersatzanspruches wegen fahrlässiger Amtspflichtverletzung eines Notars bei anderweitiger Ersatzmöglichkeit des Geschädigten.

Tatbestand:

Die Kläger verlangen vom beklagten Notar Schadenersatz, weil er sie bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages nicht über die Rechtslage bezüglich vertraglicher Wegerechte belehrt habe (§19 BNotO).

Der Beklagte beurkundete am 8. 8. 1979 einen Vertrag, in dem die P. KG (fortan: P. KG oder Verkäuferin) den Klägern eine – damals noch zu vermessende – Teilfläche von etwa 3.600 qm eines Industriegrundstücks für 830.000 DM verkaufte. Die Fälligkeit des Kaufpreises hing u. a. davon ab, daß die Gläubiger der in Abt. III/Nr. 2 – 11 des Grundbuchs eingetragenen Grundpfandrechte die Freigabe des verkauften Teilgrundstücks erklärten. Die Verkäuferin verpflichtete sich, diese Fläche von den genannten Belastungen freizustellen; „sämtliche Beteiligten“ stimmten der Haftentlassung zu. Die Käufer übernahmen Rechte und Belastungen aus Grunddienstbarkeiten und persönlichen Dienstbarkeiten (Gleisnutzungs- und Wegerechte), die in der Vorkriegszeit im Grundbuch des ursprünglichen Gesamtgrundstücks eingetragen worden waren, soweit sie den verkauften Grundstücksteil betrafen; diese Rechte sicherten auch den Zugang des Gesamtgrundstücks zur öffentlichen Straße („alte Rechte“). Die Verkäuferin räumte dem jeweiligen Eigentümer des verkauften Teil-

grundstücks, das ein „Hinterliegergrundstück“ ist, u. a. Rechte zur Nutzung einer Gleisanlage auf dem – näher zur Straße hin gelegenen – Restgrundstück sowie bei diesem als Grunddienstbarkeiten einzutragende Wegerechte ein („neue Rechte“).

Nr. III 3 c des Vertrages lautet:

„Der Verkäufer räumt dem jeweiligen Eigentümer des verkauften Teilgrundbesitzes das Recht ein, die auf dem ihm verbleibenden Teilgrundbesitz vorhandene Wegfläche über die bisherigen Parzellen Flur 42 Flurstücke 43, 42, 44 und 41 zum Gehen und Fahren zu benutzen, um zu bzw. von dem berechtigten Grundbesitz zu gelangen und dieses Recht allen Personen zu gestatten, die zu bzw. von dem berechtigten Grundbesitz gelangen wollen, ferner die in diesen Grundstücken vorhandenen Versorgungs- und Entsorgungsleistungen mitzubutzen.

Die Kosten für die Unterhaltung und Erhaltung dieser Einrichtungen tragen die beteiligten Eigentümer ratierlich entsprechend der Größe ihrer Grundstücke im Verhältnis zu der Größe der beteiligten Gesamtgrundstücke.

Diese Vereinbarung ist als Grunddienstbarkeit auf dem dem Verkäufer verbleibenden Teil der vorgenannten Grundstücke zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Kaufgrundbesitzes in das Grundbuch einzutragen.“

Nach der Vermessung des verkauften Grundstücksteils beurkundete der Beklagte am 23. 6. 1980 die Auflassung und die Bewilligung der Eintragung der Grunddienstbarkeiten. Die Verkäuferin befreite diesen Grundstücksteil von Grundpfandrechten. Die Kläger zahlten den Kaufpreis und wurden als Eigentümer im Grundbuch eingetragen.

Am 30. 5. 1980 beurkundete der Beklagte einen Vertrag, in dem die P. KG an den Kaufmann M. das – damals noch zu vermessende – Restgrundstück von etwa 9.026 qm für 1.760.000 DM verkaufte. Die Fälligkeit des Kaufpreises hing u. a. davon ab, daß die Gläubiger der in Abt. III/Nr. 2 – II eingetragenen Grundpfandrechte die Freigabe des Restgrundstücks erklärten. Die Verkäuferin verpflichtete sich, diesen Grundstücksteil von den genannten Belastungen freizustellen; „sämtliche Beteiligten“ stimmten der Haftentlassung zu „bzw.“ beantragten die Löschung „bzw.“ die lastenfreie Abschreibung im Grundbuch. Der Käufer übernahm die in der Vorkriegszeit im Grundbuch des ursprünglichen Gesamtgrundstücks eingetragenen Rechte und Belastungen aus Grunddienstbarkeiten und persönlichen

Dienstbarkeiten (Gleisnutzungs- und Wegerechte), soweit sie das Restgrundstück betrafen, sowie die von der Verkäuferin mit den Klägern vereinbarten Grunddienstbarkeiten. Nach der Vermessung dieses Grundstücks beurkundete der Beklagte am 3.10.1980 die Auflassung und die Bewilligung der Eintragung der Grunddienstbarkeiten. Dieses (Rest-) Grundstück wurde nicht von den Grundpfandrechten, deren Gläubigerin die Stadtparkasse D. war, befreit. Die zugunsten des (Teil-) Grundstücks der Kläger bewilligten Grunddienstbarkeiten wurden in der Zeit von August 1980 bis Februar 1981 im Grundbuch des Restgrundstücks im Range nach Grundschulden von insgesamt 1.880.000 DM eingetragen. M. wurde am 27.2.1981 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen.

Im Jahre 1982 wurde angeordnet, daß das Grundstück M. auf Antrag der Stadtparkasse D. wegen ihrer in Abt. III/Nr. 6 eingetragenen Grundschuld zwangsversteigert werden sollte. Am 13.3.1984 wurde das Eigentum der Gläubigerin zugeschlagen; die in der Vorkriegszeit eingetragenen, gegenüber den Grundpfandrechten vorrangigen Grundstücksbelastungen blieben bestehen, die den Klägern eingeräumt, im Range nach den Grundschulden eingetragenen Grunddienstbarkeiten am versteigerten Grundstück erloschen. Im Jahre 1987 wurde dieses Grundstück an die S. KG veräußert.

Mit der im Januar 1991 erhobenen Klage haben die Kläger die Feststellung einer Ersatzpflicht des Beklagten wegen des Verlustes der Wegerechte begehrt. Landgericht und Oberlandesgericht haben der Klage den Erfolg versagt. Mit der Revision verfolgen die Kläger ihren Feststellungsantrag weiter.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat angenommen, der Beklagte habe bei der Beurkundung des Grundstückskaufvertrages keine Amtspflicht verletzt; insoweit hat es sich den Erwägungen des Landgerichts angeschlossen. Dieses hat ausgeführt: Der Beklagte habe eine Pflicht zur Aufklärung des Sachverhalts nicht verletzt, da die Kläger nicht dargelegt hätten, daß sie dem Beklagten bei den Beurkundungen das Problem der alten und neuen Wegerechte zur Beratung unterbreitet hätten. Er habe auch nicht gegen seine Pflicht zur Belehrung über die rechtliche Tragweite des Geschäfts verstoßen. Er habe nicht dafür sorgen müssen, daß die neuen Wegerechte vorrangig und damit zuschlagsfest eingetragen wurden, weil dies mit einer Verletzung seiner Neutralitätspflicht verbunden gewesen wäre. Zwar habe die Beratung darüber, daß die neuen Wegerechte nur an rang-

bereiter Stelle hätten eingetragen werden können und deswegen nicht zuschlagsfest gewesen seien, die rechtliche Seite des zu beurkundenden Geschäfts betroffen. Über das sich aus einer solchen Eintragung ergebende Risiko hätte der Beklagte aber nur dann belehren müssen, wenn ihm die tatsächliche Bedeutung der neuen Wegrechte zuvor von den Klägern verdeutlicht worden wäre. Seine allgemeine Betreuungspflicht habe der Beklagte nicht verletzt, weil ihm keine besonderen Umstände bekannt gewesen seien, aus denen er hätte schließen müssen, daß einem Beteiligten ein Schaden drohe und sich der Beteiligte dieser Gefahr möglicherweise nicht bewußt sei.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand¹

Der Beklagte hat die ihm gegenüber den Klägern obliegende Amtspflicht verletzt, **die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des zu beurkundenden Kaufvertrages zu belehren** (§ 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG).

1. Im Rahmen dieser Pflicht hat der Notar die Beteiligten insoweit zu befragen und zu belehren, als es notwendig ist, um eine ihrem Willen entsprechende, rechtswirksame Urkunde zu errichten. Dabei sind die Beteiligten über die rechtliche Bedeutung ihrer Erklärungen und die unmittelbaren rechtlichen Voraussetzungen für den Eintritt des beabsichtigten Rechtserfolges aufzuklären. **Daher hat der Notar den Käufer regelmäßig auf Belastungen des Grundstücks und deren Bedeutung hinzuweisen** (BGH, Urt.v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91, GI 92, 229 = WM 1992, 527; v. 3. 2. 1984 – V ZR 190/82, WM 1984, 700; v. 19.1.1982 – VI ZR 182/80, WM 1982, 372, 373). Das gilt nach Sinn und Zweck der Amtspflicht zur Rechtsbelehrung entsprechend, wenn ein zugunsten des Kaufgrundstücks eingeräumtes Recht zur Benutzung eines anderen Grundstücks durch eine Grunddienstbarkeit am dienenden Grundstück gesichert werden soll (vgl. §§ 1018, 1019 BGB). In einem solchen Falle muß der Notar die Beteiligten grundsätzlich über ihm bekannte, im Grundbuch eingetragene Belastungen des anderen Grundstücks und deren Bedeutung belehren. Nur dann ist sichergestellt, daß die Beteiligten die Gefährdung des von ihnen angestrebten Rechtserfolgs erkennen, weil die Grunddienstbarkeit an dem anderen Grundstück durch den Zuschlag in einem Zwangsversteigerungsverfahren erlöschen kann (§ 91 ZVG), und daß sie rechtzeitig für Abhilfe sorgen können.
2. Im vorliegenden Falle entsprach es dem – offensichtlichen – Vertragswillen der Beteiligten, durch die vereinbarten (neuen) Wegrechte das

– industrielle zu nutzende – „Hinterliegergrundstück“ der Kläger über das Restgrundstück an die öffentliche Straße anzubinden. Zu diesem Zwecke sollten die Rechte durch die Eintragung einer Grunddienstbarkeit im Grundbuch des dienenden Grundstücks gesichert werden. Dieser beabsichtigte Rechtserfolg gehörte zu der rechtlichen Tragweite des zu beurkundenden Geschäfts. Seine Verwirklichung war gefährdet, wenn die Grunddienstbarkeit eingetragen wurde, ohne daß zuvor die auf dem (Rest-) Grundstück lastenden Grundschulden gelöscht worden waren oder ein Rangrücktritt der Grundschuldgläubigerin erfolgt war. In diesem Falle konnte die Grunddienstbarkeit – wie geschehen – durch den Zuschlag in einem Zwangsversteigerungsverfahren erlöschen (§ 91 ZVG). Deswegen mußte der Beklagte, nachdem er – gemäß eigenem Vorbringen – das Grundbuch vor der Beurkundung eingesehen hatte, die Kläger darauf hinweisen, daß auf diese Weise die dingliche Sicherung ihrer neuen Wegerechte am Restgrundstück wegen der vorrangigen Grundpfandrechte entfallen konnte.

Mit einem solchen Hinweis hätte der Beklagte nicht gegen das **Gebot der Unparteilichkeit** (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO) verstoßen, weil dadurch die Kläger nicht einseitig gegenüber der Verkäuferin bevorzugt worden wären. Vielmehr hätte die Erfüllung der Pflicht zur Rechtsbelehrung die Gefahr aufgezeigt, die das Erreichen des Vertragszwecks in Frage stellte, und den Beteiligten Gelegenheit zur Vorsorge gegeben.

3. Nach dem unbestrittenen Vorbringen der Kläger hat der Beklagte eine solche Aufklärung unterlassen. Ein – von ihm behaupteter und von den Klägern bestrittener – Hinweis, daß die Eintragung des Wegerechts nur an rangbereiter Stelle erfolgen könne, genügte für die **erforderliche Belehrung** nicht. Selbst wenn die Kläger gemäß dem Vorbringen des Beklagten damals **geschäftserfahrene Kaufleute** waren, so bedurften sie doch der Rechtsbelehrung. Er durfte sich nicht bei der Beurkundung darauf verlassen, daß bei einem späteren Verkauf des Restgrundstücks die Grundschulden mit dem Kaufpreis gelöscht wurden und dann die Grunddienstbarkeiten zugunsten der Kläger Vorrang erhielten.
4. Das Unterlassen der Belehrung darüber, daß die dingliche Sicherung des vereinbarten Wegerechts der Kläger wegen der vorrangigen Grundpfandrechte nicht zuschlagsfest war, beruht auf Fahrlässigkeit des Beklagten (§ 276 BGB). Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte er die Pflichtwidrigkeit seines Verhaltens erkennen und die sich

daraus ergebenden Folgen für die Kläger vermeiden können und müssen.

5. Nach dem Klagevortrag besteht der – gemäß § 287 ZPO festzustellende – **haftungsausfüllende Ursachenzusammenhang zwischen der Amtspflichtverletzung und dem geltend gemachten Schaden** (vgl. dazu BGH, Urt. v. 5. 11. 1992 – IX ZR 260/91, WM 1993, 260, 263; v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92, z.V. b.). Die Kläger haben im einzelnen dargelegt, **daß die alten Wegrechte für die Straßenanbindung ihres Grundstücks nicht ausreichen und dieses ohne das vereinbarte neue Wegerecht einen erheblichen Minderwert aufweise**. Die Kläger haben behauptet, sie hätten, wenn der Beklagte sie pflichtgemäß belehrt hätte, die Grundschuldgläubigerin zu einem Rangrücktritt veranlaßt, weil diese aus den Veräußerungserlösen habe befriedigt werden sollen; darauf bezieht sich der hauptsächliche Feststellungsantrag. Hilfsweise haben sie vorgebracht, sie hätten bei ordnungsmäßiger Belehrung den Kaufvertrag nicht geschlossen; darauf bezieht sich der Hilfsantrag.
6. Der **Schaden** der Kläger infolge des Verlustes des vereinbarten Wegerechts wird nicht ausgeglichen durch ihr gesetzliches **Notwegrecht**. Es erlaubt nur die notwendige Benutzung des Verbindungsgrundstücks; die Richtung des Notwegs und der Umfang der Benutzung sind notfalls durch Urteil zu bestimmen. Der Nachbar muß durch eine Geldrente entschädigt werden.

Am Schaden der Kläger ändert es nichts, daß nach ihrem Vorbringen das Nachbargrundstück inzwischen eine Baulast trägt, die die öffentliche Zufahrt ihres Grundstücks im Sinne des § 4 BauO NW zum Gegenstand hat. Eine solche Baulast gewährt den Klägern keinen hinreichenden Schadenausgleich. Sie beruht auf einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Grundeigentümers gegenüber der Baubehörde, die auf die daraus folgende Berechtigung verzichten kann (§ 78 BauO NW). Den Klägern als begünstigten Grundeigentümern verleiht die Baulast, die im vorliegenden Falle nur die Bebauung des Grundstücks ermöglicht, kein eigenes Recht (vgl. BGHZ 88, 97, 99 ff; BGH, Urt. v. 19. 4. 1985 – V ZR 152/83, NJW 1985, 1952 f.).

III.

Die Kläger haben allerdings bisher nicht vorgetragen, daß sie nicht auf andere Weise Schadenersatz erlangen können (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO).

1. Das Fehlen einer **anderweitigen Ersatzmöglichkeit** ist vom **Geschädigten darzulegen und zu beweisen**. Negative Anspruchsvoraussetzungen sind solche Ersatzmöglichkeiten, die sich aus dem Sachverhalt selbst ergeben, demselben Tatsachenkreis entsprungen sind, aus dem sich die Schadenhaftung des Notars ergibt, und begründete Aussicht auf Erfolg bieten. Kommt eine solche andere Ersatzmöglichkeit in Betracht, so ist die Klage gegen den Notar als zur Zeit unbegründet abzuweisen (BGH, Urt. v. 14. 5. 1992 – IX ZR 292/91, WM 1992, 1533, 1537).

Nach der vorgelegten Vertragsurkunde kann die ernsthafte Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß die Kläger gegen die Verkäuferin einen Anspruch auf Ersatz ihres Schadens haben; diese Möglichkeit bestand auch schon zum grundsätzlich maßgeblichen Zeitpunkt der Klageerhebung im vorliegenden Rechtsstreit (vgl. BGH, Urt. v. 5. 11. 1992 – III ZR 91/91, DAR 1993, 184, 186, z.V.b. in BGHZ, zu § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB). Ein Ersatzanspruch der Kläger gegen die Verkäuferin kann sich aus deren Verpflichtung in Nr. III 3 c des Kaufvertrages ergeben. Der Inhalt dieser Klausel ist bisher nicht geklärt.

- a) Sie kann dahin gewertet werden, daß die Verkäuferin sich schlechthin und auf Dauer verpflichtet hat, den Klägern und deren Rechtsnachfolgern die vereinbarte Nutzung des Nachbargrundstücks zu ermöglichen. Dafür kann zunächst der Wortlaut des ersten Absatzes sprechen; danach hat sich die Verkäuferin gegenüber den Klägern – ohne zeitliche Beschränkung – verpflichtet, dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks das Wegerecht an dem anderen – zunächst im Eigentum der Verkäuferin verbliebenen – (Rest) Grundstück einzuräumen. Außerdem hatten die neuen Wegerechte nach der Feststellung des Berufungsgerichts den Zweck, die alten, infolge der Grundstücksteilung nicht mehr ausreichenden Wege-rechte zu ergänzen.

Bei einer solchen Auslegung hinge die – selbständige – schuldrechtliche Verpflichtung der Verkäuferin gegenüber den Klägern nicht vom rechtlichen Schicksal der Grunddienstbarkeit ab, die gemäß dem letzten Absatz der Vertragsklausel im Grundbuch des dienenden Grundstücks einzutragen war. Dann hätte die Verkäuferin ihre Vertragspflicht nicht schon mit der Eintragung dieses Rechts erfüllt; der kaufvertragliche Anspruch der Kläger gegen die Verkäuferin wäre unberührt geblieben, als seine dingliche Sicherung erlosch. Die Verkäuferin hätte zur Erfüllung einer solchen Verpflichtung gegenüber den Klägern dafür zu sorgen gehabt, daß der jeweilige Eigentümer zur Straßenanbindung seines Grundstücks

das Nachbargrundstück nutzen konnte; dies hätte die Verkäuferin bei einer Veräußerung dieses dienenden Grundstücks berücksichtigen und sicherstellen müssen. Ihre Pflicht könnte die Verkäuferin nicht mehr erfüllen, weil die neue Eigentümerin des Nachbargrundstücks die vertragliche Verpflichtung der Verkäuferin gegenüber den Klägern nicht übernommen hat und die früher zugunsten der Kläger bestehende Grunddienstbarkeit an diesem Grundstück erloschen ist. Deswegen könnte die Klägerin gegen die Verkäuferin einen Ersatzanspruch haben aus §§ 325, 433, 440 Abs. 1 BGB, falls die Verpflichtung der Verkäuferin – wegen der Bedeutung für das Gelingen des Vertrages – zu ihrer vertraglichen Hauptleistung gehörte, oder wegen Verletzung einer vereinbarten Nebenpflicht (§§ 275, 276, 280, 282 BGB).

- b) Dieses rechtliche Ergebnis würde sich auch dann einstellen, wenn die Vertragsklausel wegen ihres ersten und letzten Absatzes dahin auszulegen wäre, daß die Verkäuferin sich verpflichtet hätte, dem jeweiligen Eigentümer des verkauften Grundstücks das vereinbarte Wegerecht am Nachbargrundstück einzuräumen, und die Erfüllung dieser kaufvertraglichen Pflicht durch eine vorrangige und damit zuschlagsfeste Grunddienstbarkeit dinglich gesichert werden sollte. Eine Grunddienstbarkeit, die Vorrang durch Löschung der Grundschulden oder Rangrücktritt der Grundschuldgläubigerin erlangt hätte, ist nicht eingetragen worden.
 - c) Anders wäre die Rechtslage, falls die Vertragsklausel dahin zu werten wäre, daß die schuldrechtliche Verpflichtung der Verkäuferin, dem jeweiligen Eigentümer des verkauften Grundstücks die vereinbarte Nutzung des Nachbargrundstücks einzuräumen, nach dem Willen der Vertragspartner lediglich durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit an rangbereiter Stelle erfüllt werden sollte. Einer solchen Pflicht ist die Verkäuferin nachgekommen.
2. Die Parteien und das Berufungsgericht haben bisher zu der Frage, wie der Kaufvertrag auszulegen ist, nicht Stellung genommen. Anlässlich der erneuten Verhandlung werden die Parteien hierzu Gelegenheit haben. Das Berufungsgericht wird dann prüfen müssen, ob die Klage zur Zeit unbegründet ist, weil für die Kläger die ernsthafte Möglichkeit besteht, von der Verkäuferin Ersatz zu erlangen.

IV.

Besteht eine solche anderweitige Ersatzmöglichkeit, so kann – entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts – nicht davon ausgegangen werden, daß ein Ersatzanspruch der Kläger gegen den Beklagten verjährt ist (§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, § 852 BGB).

1. Das Berufungsgericht hat allerdings rechtsfehlerfrei festgestellt, daß die Kläger spätestens am 24. 9. 1984 Kenntnis von dem Schaden, der durch das Erlöschen der Grunddienstbarkeit infolge des Zuschlages im März 1984 und durch den damit verbundenen Verlust des Wegerechts entstanden ist (§ 91 ZVG), und der Person des Ersatzpflichtigen gehabt haben.

Die für den **Verjährungsbeginn notwendige Kenntnis hat der Geschädigte, wenn er die Vermögensbeeinträchtigung und deren Ursache in ihrer wesentlichen Gestaltung kennt**; dann kann er mit hinreichend sicherer Aussicht auf Erfolg eine Ersatzklage, sei es auch nur auf Feststellung einer Ersatzpflicht, erheben. Das Schadenbild nach Umfang und Höhe sowie Einzelheiten des schadenstiftenden Ereignisses und des weiteren Ursachenverlaufs braucht der Geschädigte nicht zu kennen (BGH, Urt. v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, GI 93, 117 = WM 1993, 251, 258). **Entscheidend ist eine Kenntnis der Tatsachen, die bei richtiger Verknüpfung und rechtlicher Einordnung die Feststellung der Ersatzpflicht einer bestimmten Person erlauben; ob der Geschädigte die ihm bekannten Tatsachen zutreffend rechtlich würdigt, ist dagegen unerheblich** (BGH, Urt. v. 15. 12. 1987 – VI ZR 285/86, VersR 1988, 465, 466; v. 19. 3. 1991 – VI ZR 248/90, NJW 1991, 2351).

.....

2. Die Ansicht des Berufungsgerichts, die Verjährungseinrede widerspreche nicht Treu und Glauben (§ 242 BGB), wird von der Revision ohne konkrete Rüge und zu Unrecht beanstandet.

Der Beklagte hat die Kläger nicht, sei es auch nur unabsichtlich, von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten (vgl. BGHZ 9, 1, 5; 86, 96; BGH, Urt. v. 6. 12. 1990 – VII ZR 126/90, NJW 1991, 974, 975). Das Berufungsgericht hat zutreffend darauf hingewiesen, daß die Kläger sich eben nicht mit der Auskunft des Beklagten in seinem Schreiben vom 28. 8. 1984, es bedürfe wegen der alten Wegerechte keiner Neueintragung, zufrieden gegeben, sondern in ihrem Schreiben an den Beklagten vom 24. 9. 1984 eine Nachholung der unterbliebenen „grundbuchlichen Absicherung“ des kaufvertraglichen „Gleisbenutzungs- und Wegerechtes“ verlangt haben.

3. Das Berufungsgericht hat jedoch übersehen, daß – als Folge der Subsidiärhaftung des Notar (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO) – die Verjährung eines Ersatzanspruchs wegen fahrlässiger Amtspflichtverletzung eines Notars grundsätzlich **erst in dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Geschädigte Kenntnis davon erlangt, daß er nicht auf andere Weise vollen Ersatz erlangen kann** (BGH, Urt. v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, a.a.O. 259 m.w.N.). **Ausnahmsweise** beginnt die Verjährung in dem Zeitpunkt, in dem der Geschädigte sich im Prozeßwege oder **auf sonstige Weise hinreichende Klarheit verschaffen konnte, daß ihm kein anderer Ersatzanspruch zusteht**; dies soll verhindern, daß der Geschädigte durch Untätigkeit den Verjährungsbeginn entgegen § 225 Satz 1 BGB mißbräuchlich hinausschiebt (vgl. BGH, Urt. v. 17. 12. 1992 – III ZR 114/91, NJW 1993, 933, 934 m.w.N.).

Honorar des Steuerberaters

- Bilanzerläuterung
- Mittelgebühr
- Zeithonorar
- Verspätungsschaden

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.1. 1993 – 13 U 83/92 rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Bilanzerläuterungen begründen nur dann einen Gebührentatbestand, wenn diese schriftlich mit dem Mandanten vereinbart wurden. (hier: Erläuterungen waren nicht vereinbart, nicht erforderlich und vo. Finanzamt nicht verlangt).
2. Die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund der vom Steuerberater erstellten Buchführung rechtfertigt eine Mittelgebühr von 20/10. (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 StBerGebVO).
3. Die Geltendmachung eines Zeithonorars verlangt die Benennung der Stunden des Mitarbeiters und der durch ihn erledigten Einzelarbeiten.
4. Der Steuerberater haftet für Schäden wegen verspäteter Abgabe der Steuererklärungen. Wendet er nur ein, die Verspätung sei durch chaotische Inventurlisten und die unterlassene Vorlage von Unterlagen verursacht worden, so ist der Sachvortrag unsubstantiiert, wenn die Verspätung sich auf verschiedene Veranlagungsjahre und Steuerarten bezogen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Klägers kann in der Sache keinen Erfolg haben. Ihm stehen Steuerberaterhonoraransprüche gegen die Beklagten nicht zu. Das hat das Landgericht bereits ausgesprochen und erweist sich nach erneuter Prüfung durch das Berufungsgericht als richtig.

Der Differenzbetrag zwischen ursprünglicher Honorarforderung und derjenigen im Berufungsrechtszug, also 1.806,90 DM, ist nicht mehr im Streit. Hierüber bedarf es keiner Entscheidung.

Der Vorwurf des Klägers, das Landgericht habe § 139 ZPO verletzt, ist begründet, so daß sich die Frage einer eventuellen Aufhebung und Zurückverweisung nicht stellt. Es kann für den Kläger nicht überraschend gewesen sein, wenn die Kammer die mit Schriftsatz der Beklagten vom 12. 11. 1991 überreichten Kontoauszüge zum Ausgangspunkt seiner Berechnungen gemacht hat. Es waren seine eigenen Auszüge, die er erstellt und seinerzeit den Beklagten übersandt hatte. Sie waren ihm deshalb bekannt, so daß er zu ihnen jederzeit hätte Stellung nehmen können. Daß sie in irgendeinem konkreten Punkt unrichtig seien, behauptet er nicht einmal. Außerdem wurde der Verhandlungstermin vom 12. 11. 1991, in dem diese Unterlagen überreicht wurden, eigens deshalb auf den 9. 1. 1992 verlagert. Dem Kläger verblieb mithin hinreichend Zeit zur Stellungnahme. Er hat zwar unter dem 8. 1. 1992 erwidert, jedoch ohne ein Wort über diese Belege zu verlieren. Von einem Verstoß gegen § 139 ZPO kann unter diesen Umständen keine Rede sein.

Ebenso wenig ist dagegen einzuwenden, daß das Landgericht die genannten Kontoauszüge zum Ausgangspunkt für die Berechnung der klägerischen Honoraransprüche genommen hat. Der Kläger hat diese Auszüge erstellt und dem Beklagten übersandt. Sie enthalten, wie auch eine Nachprüfung durch den Senat bestätigt, alle diejenigen Rechnungen, welche der Kläger im einzelnen aufgelistet und als Anlagen überreicht hat. Eine Addition der einzelnen Beträge ergibt den vom Landgericht zum 1. 4. 1985 rechnerisch richtig ermittelten Schuldsaldo der Beklagten von 41.459,97 DM. Der Einwand des Klägers, hiervon habe deshalb nicht ausgegangen werden dürfen, weil in diesen Auszügen auch Beträge enthalten seien, welche die GmbH beträfen, ist unbegründet. Er selbst hat diese einheitlichen Kontoauszüge erstellt und trifft bei der Saldierung keine Unterscheidung zwischen Positionen, welche die GmbH betreffen und denjenigen, die sich auf die beiden Beklagten persönlich beziehen. Dann aber darf er sich umgekehrt nicht dagegen wenden, wenn all diese Einzelforderungen addiert und darauf die insgesamt von GmbH oder Beklagten geleisteten Einzelzahlungen ange-

rechnet werden. Ob etwas anderes gelten könnte, wenn noch Forderungen der GmbH offenstünden, kann dahinstehen. Das behauptet der Kläger selbst nicht. Im übrigen ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, was der Kläger selbst bei seiner Parteivernehmung am 20. 8. 1991 gesagt hat: In seinem Büro sei es nicht die Regel, daß eingehende Zahlungen auf ganz bestimmte Rechnungen verrechnet würden; bei ihm als Freiberufler werde eine Einnahme/Überschußrechnung mit Saldofortschreibung erstellt. So ist er ausweislich der genannten Kontoauszüge tatsächlich dann auch verfahren, und zwar unter Einbeziehung der GmbH. – Es bestand keine Veranlassung, der Bitte des Klägers zu entsprechen, der Senat möge ihm einen Hinweis geben, falls das Gericht es für erforderlich halte, daß er zu diesem Komplex ergänzend vortrage. Der tragende Ausgangspunkt der erstinstanzlichen Entscheidung sind die genannten Kontoauszüge. Das ist offensichtlich und wird im angefochtenen Urteil mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Wenn der Kläger dies für unrichtig hält, so ist das kein Sachverhalt, der unter die in der Zivilprozeßordnung normierte gerichtliche Hinweispflicht fällt. Der Senat ist als Berufungsgericht nicht gehalten, dem Berufungsführer vorab mitzuteilen, daß er seine (des Klägers) von der landgerichtlichen Begründung abweichende Auffassung nicht teilt.

Das Landgericht hat den hiernach rechnerisch richtig ermittelten Schuldsaldo von insgesamt 41.459,97 DM zu Recht in verschiedenen Einzelpositionen gekürzt. Das gilt vor allem, soweit in einzelnen Rechnungen eine besondere Gebühr für eine schriftliche Erläuterung der vom Kläger erstellten Bilanzen enthalten ist. Der gerichtlich bestellte Gutachter, Dipl.-Kfm. B., hat insoweit dargelegt, **besondere schriftliche Erläuterungen kämen nur dann in Betracht, wenn dies schriftlich vereinbart worden sei. Das aber sei hier nicht der Fall gewesen. Zudem seien derartige Erläuterungen hier nicht erforderlich gewesen und würden letztlich von den Finanzbehörden auch nicht verlangt.** Der Senat folgt diesen überzeugenden Ausführungen des Sachverständigen. Der Kläger greift sie insoweit auch nicht an, so daß offen bleiben kann, ob die Erläuterungen der einzelnen Bilanzen für 1980 tatsächlich eine echte Erläuterung im Sinne des Gebührentatbestandes in § 35 Abs. 1 Nr. 6 StBGebV darstellen oder ob sie sich nur in einer reinen Auflistung erschöpfen. – Wenn der Kläger den vom Landgericht ermittelten Abzugsbetrag der Erörterungsgebühr einschließlich MwSt. in Höhe von 7.301,70 DM als rechnerisch erheblich überschätzt bezeichnet, so ist das unsubstantiiert. Beweiserhebung durch Sachverständigengutachten, wie der Kläger dies beantragt, kommt daher hierüber nicht in Frage. Einen Rechenfehler vermag der Senat insoweit nicht festzustellen.

Weiter hat das Landgericht die in der Gebührenrechnung vom 6. 6. 1984 für die **Aufstellung des Jahresabschlusses 1980 gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV in Rechnung gestellte Höchstgebühr von 30/10 zu Recht beanstandet**. Die betreffenden Ausführungen im angefochtenen Urteil hierzu sind richtig. Auf sie kann deshalb ohne weitere Erläuterung verwiesen werden. Schließlich hat auch der Sachverständige diesen Gebührenansatz überprüft. Er kommt zu dem Ergebnis: Unter Berücksichtigung des Sachverhaltes sowie des Umstandes, daß die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund der vom Kläger selbst erstellten Buchführung angefertigt worden sei, halte er den mittleren Gebührenansatz von 20/10 für zutreffend. Da er im übrigen die Bewertungsgesichtspunkte des § 11 StBGebV beachtet und weil ferner nach ständiger Rechtsprechung sowohl des hiesigen 18. als auch des erkennenden Senats im Regelfall von der Mittelgebühr auszugehen ist, besteht keine Veranlassung, dem nicht zu folgen.

Die Rüge des Klägers, in diesem Zusammenhang habe das Landgericht zu Unrecht die nachgereichte Gebührenrechnung vom 7. 3. 1991 nicht berücksichtigt, ist unberechtigt. Die Kammer ist auf diese Rechnung sehr wohl eingegangen, hat aber im einzelnen ausgeführt, weshalb eine Anerkennung nicht in Betracht komme. Vor allem trifft folgender Gedanke des Landgerichts zu: Nachdem der Kläger mehrfach früher vorgetragen hatte, für die **gesamten** Jahresabschlußarbeiten seien 223 Arbeitsstunden angefallen, habe er diese Stundenzahl später auf nur 20 reduziert und nunmehr allein auf die Inventuraufnahmelisten bezogen. Das vermag auch der Senat nicht nachzuvollziehen. **Welche 20 Stunden aus der Gesamtzahl gemeint sind und wer von seinen Mitarbeitern gerade diese wenigen Stunden für bestimmte Einzelarbeiten erbracht hat**, sagt der Kläger nicht. Diese noch offenen Punkte könnten durch die angetretenen Beweise nur im Wege einer – **unzulässigen – Ausforschung** einer eventuellen Klärung zugeführt werden. Es ist deshalb ebenfalls nicht richtig, wenn der Kläger meint, wenn schon Beweis für angefallenen 223 Stunden angetreten sei, so bedürfe es für die jetzt nur geltend gemachten 20 Stunden keines neuen Beweisantrittes. – Die Frage, ob speziell diese neue in der Rechnung vom 7. 3. 1991 erst aufgestellte Forderung nicht möglicherweise verjährt ist, kann unter diesen Umständen unentschieden bleiben.

Die Wertung des Landgerichts, einschließlich Mehrwertsteuer seien 1.172,24 DM zuviel berechnet worden, ist daher insgesamt richtig. Rechnerisch enthält sie keinen Fehler.

Gegen die **Zeitgebühren**, welche der Kläger mit Rechnungen vom 21. 9. 1984 über 872,10 DM, vom 25. 2. 1985 über 456 DM und vom 26. 2. 1985 über 478,80 DM in Ansatz gebracht hat und die das Land-

gericht als nicht berechtigt von der Gebührenforderung weiter abgesetzt hat, wendet sich der Kläger im Rechtszug nicht mehr. Er sagt dies zwar nicht ausdrücklich, seine Berufungsbegründung muß jedoch in Verbindung mit seinem um 1.806,90 DM gegenüber dem ersten Rechtszug niedrigeren jetzigen Antrag so verstanden werden. Eine Addition der vorgenannten einzelnen Rechnungsbeträge ergibt nämlich exakt diesen Betrag. Eine andere Erklärung für diese Summe ist in der Berufungsbegründung nicht erkennbar. Die erste Zwischenrechnung des Landgerichts ist somit richtig, das heißt: Die Gebührenforderung des Klägers ist zunächst auf 31.178,63 DM zu reduzieren.

Auf diese Forderung sind die Zahlungen anzurechnen, die dem Kläger zugeflossen sind. Auch in diesem Zusammenhang verbleibt es dabei: Ebenso wie einerseits die Honoraransprüche des Klägers unstreitig, sowohl gegenüber der GmbH als auch gegenüber den Beklagten in den einheitlichen Saldo per 1. 4. 1985 eingeflossen sind, ebenso müssen folgerichtig alle eingegangenen Zahlungen Berücksichtigung finden, die nach dem Stichtag (1. 4. 1985) von den Beklagten oder von der GmbH erbracht worden sind. Der entgegenstehenden Ansicht des Klägers kann schon allein im Hinblick auf seine eigene Bekundung als Partei zu den Modalitäten des von ihm praktizierten Einzugs seiner Honorarforderungen (s. o.) nicht beigetreten werden. Mithin sind folgende Einzelzahlungen, soweit sie nach dem 1. 4. 1985 geleistet worden sind, von der Honorarforderung abzusetzen: Zahlung v. 6. 5. 1985 in Höhe von 13.333,73 DM, Zahlung v. 22. 1. 1986 in Höhe von 3.720 DM sowie die Zahlung v. 15. 4. 1985 in Höhe von 3.879,99 DM. Das sind insgesamt 10.244,91 DM.

Der Kläger irrt, wenn er meint die letzte dieser Zahlungen (15. 4. 1985 – 3.879,99 DM) dürfte jedenfalls keine Berücksichtigung finden, sie habe mit dem Rechtsstreit nichts zu tun und sei schon bei der Anlage zum Mahnbescheid berücksichtigt worden. Letzteres ist zwar richtig, aber unerheblich. Der Kläger übersieht, daß bei der Berechnung von seinen eigenen Kontoauszügen per 1. 4. 1985 ausgegangen wird. In diesen aber ist die der Zahlung v. 15. 4. 1985 unstreitig zugrunde liegende Rechnung v. 4. 4. 1985 über insgesamt 4.904,84 DM ins Soll gestellt. Wenn hierauf 3.879,99 DM gezahlt worden sind, so ist dieser Betrag mithin den Beklagten gutzubringen.

Weitere Kürzungen hat das Landgericht deshalb vorgenommen, weil der Kläger selbst nach dem 1. 4. 1985 eine Reihe von weiteren Zahlungen der Beklagten sowie Gegenforderungen mit seinen Honoraransprüchen, die bereits Gegenstand der Kontoauszüge per 1. 4. 1985 waren, verrechnet hat. Hierzu wird im einzelnen auf die zutreffenden diesbezüglichen Aus-

fürungen der Kammer verwiesen. Sie sind richtig und brauchen nicht weiter ergänzt zu werden. Der Kläger greift diese Abzüge in der Berufung auch nicht an.

Nach alledem verbleibt nur eine Honorarforderung in Höhe von 4.577,77 DM zugunsten des Klägers. Der Senat tritt dem Landgericht schließlich darin bei, daß diese Forderung durch die hilfsweise zur Aufrechnung gestellten Schadenersatzansprüche der Beklagten in mindestens gleicher Höhe erloschen ist. Soweit ein solcher Anspruch nicht bei den Beklagten, sondern bei der GmbH entstanden ist, schadet dies nicht, denn die GmbH hat ihre eigenen Ansprüche am 5. 6. 1989 an den Beklagten zu 1) abgetreten.

Durch die Aussage des Finanzbeamten ist erwiesen, daß die Beklagten wegen verspäteter Abgabe von Einkommensteuererklärungen durch den Kläger **Verspätungszuschläge** von 2 x 500 DM und 1 x 1.000 DM, insgesamt also 2.000 DM haben zahlen müssen. Für die GmbH wurden hinsichtlich Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer in den einzelnen Jahren Verspätungszuschläge von 200 DM + 500 DM + 200 DM festgesetzt. Die unsubstantiierte Behauptung des Klägers dahingehend, später seien Berichtigungen geschehen und zum Teil habe das Finanzamt die Zuschläge erlassen, hat in der Beweisaufnahme für keinen der einzelnen Beträge eine Bestätigung gefunden. Weder der Aussage des Zeugen noch derjenigen des Steuerberaters läßt sich solches entnehmen.

Der Kläger haftet als Steuerberater für die verspätete Abgabe von Steuererklärungen aus dem Gesichtspunkt positiver Vertragsverletzung (BGH NJW 89/2238; 92/307 = GI 92, 59). **Auf seine Behauptung, er sei in keinem einzigen Fall hierfür verantwortlich, weil er mit chaotischen Inventarlisten habe arbeiten müssen und weil ihm notwendige Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt worden seien und weil schließlich die Beklagten, obgleich dazu aufgefordert, nicht ordnungsgemäß mitgearbeitet hätten, kann es nicht ankommen.** Dieser gesamte Vortrag ist zu pauschal, als daß sich die Beklagten hiergegen ordnungsgemäß verteidigen könnten. Das gilt insbesondere, weil es sich um Zuschläge aus verschiedenen Jahren zu verschiedenen Steuerarten handelt. Die Vielzahl der einzelnen Positionen kann nicht dazu führen, daß dem Kläger eine **substantiierte Darlegung** zu jedem einzelnen Punkt, der nach seiner Darstellung zur Verspätung geführt und deshalb bestimmte Zuschläge ausgelöst hat, erspart bleibt. Für die den Beklagten bzw. der GmbH erwachsenen Zuschläge und Verspätungskosten von insgesamt 2.900 DM muß der Kläger demnach einstehen. In gleicher Höhe ist die obige Restforderung durch die Aufrechnungserklärung der Beklagten erloschen.

Die verbleibende Resthonorarforderung von 4.577,77 DM abzüglich 2.900 DM = 1.677,77 DM steht dem Kläger ebenfalls nicht zu. Sie ist durch Aufrechnung mit einer weiteren Schadenersatzforderung, die diesen Betrag jedenfalls übersteigt, ebenfalls erloschen. **Weil Steuererklärungen durch den Beklagten nicht rechtzeitig abgegeben worden sind, hat das Finanzamt die betreffenden Steuern, welche Beklagte und GmbH zu entrichten hatten, schätzen müssen.** Wie sich nachträglich herausgestellt hat, ist diese Einschätzung zu hoch erfolgt. Das hatte zur Folge, daß die zuviel gezahlten Steuern zurückgeflossen sind, allerdings erst Jahre später. Hierdurch sind den Beklagten **Zinsnachteile von über 5.000 DM** erwachsen. Das hat der Kläger selbst errechnet. Die Beklagten machen sich diese Berechnung zu eigen, so daß sie als unstreitig zugrunde zu legen ist. In der Berufung wendet der Kläger hiergegen lediglich ein, im Wege der Vorteilsausgleichung seien andererseits auch Zinsvorteile zu beachten, die den Beklagten zugute gekommen seien. Das ist an sich richtig. Hier kann dieser Gedanke jedoch zu keiner für den Kläger günstigeren Beurteilung führen. Vor- und Nachteile dürfen im Rahmen einer Vorteilsausgleichung nur dann gegeneinander abgewogen werden, wenn beide auf dem gleichen Umstand beruhen. Das ist nicht der Fall. Die Beklagten haben unwidersprochen vorgetragen, daß den in anderen Jahren erlangten Vorteilen andere Arbeiten des Klägers zugrunde liegen als diejenigen, welche den Verspätungsschaden ausgelöst haben. Mangels Kausalzusammenhanges können somit die Grundsätze der Vorteilsausgleichung hier nicht zum Tragen kommen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–10, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA

- ungerechtfertigte Mahnungen, Anwaltskosten 93, 293
- Mitwirkungspflicht 93, 56
- Rechtsprechungshinweise 93, 296
- Schätzung 93, 56

Anerkenntnis

- d. Honorarforderer 93, 149

Bankhaftung

- Aufklärungspflichten, Kapitalanleger 93, 43
- Bankreferenz 93, 43
- Haftungsbeschränkung, AGB 93, 200
- Plausibilitätsprüfung 93, 200
- Prospekthaftung 93, 43
- Wissensvorsprung 93, 194
- WP-Testag 93, 200

Bauherrenmodell

- Bauherr/Gebäudeerwerber 93, 62
- Zwischenvermietung
= Einschränkung d. Rspr. 93, 62

Beleg

- Bewirtungskosten, Nachholung 93, 306
- Rechnungs-/Leistungsempfänger 93, 233

Belehrungspflicht d. RA

- über Literaturauffassungen 93, 139
- beschränktes Mandat 93, 260
- Unterhaltsprozeß 93, 116

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Einfamilien- oder Zweifamilienhaus 93, 29
- fehlende Belehrungsbedürftigkeit 93, 234
= wg. Rundschreiben
- Gebührenhöhe 93, 112
- relativ sicherster Weg 93, 313

Beratung

- Umfang/Wirtschaftsberatung 93, 142

Berufungsschrift

- mehrfache – 93, 312

Beschlagnahmeverbot § 97 StPO

- Geschäftsunterlagen 93, 43

Beweislast

- unterlassene Aufklärung/Belehrung 93, 110
- Ausforschungsbeweis 93, 101
- Honorarzahlung 93, 149

Beweissicherung

- 93, 325

Bilanzerstellung

- halbfertige Arbeiten, Anzahlungen 93, 231

Bindungswirkung

- Strafurteil 93, 269

Darlegungslast z. Regreßanspruch

- Schaden, § 287 ZPO 93, 98

Dienstvertrag

- Fehler, Beweislast 93, 200
- freier Mitarbeiter d. StB 93, 200
- Teilleistung 93, 200

Erfüllungsgehilfe

- zwei Rechtsanwälte 93, 330

Feststellungsklage

- künftiger Anspruch 93, 117
- und FG-Prozeß 93, 182

Firma

- Zusatz „Revision“ 93, 44

Forderungsabtretung

- Verschwiegenheitspflicht 93, 2

Freie Mitarbeiter

- Dienstvertrag 93, 200

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle
= Telefax 93, 221
- Fristversäumnis, unverschuldete –
= Erkrankung 93, 249
- = Flucht i. d. Säumnis 93, 116
- = Postbeförderung, neue Bundesländer 93, 250
- = Rechtsirrtum, Diplomjurist 93, 312
- Mitverschulden d. Mandanten 93, 222
- Telefax
= Ausgangskontrolle 93, 221
- Unterschriftskontrolle 93, 194, 249

Gaststättenübernahmevertrag

- 93, 78
- Gesamtschuldner**
– Baubetreuer, Treuhänder 93, 2

GmbH

- Honorarhaftung d. Geschäftsführers 93, 298
- Steuerhaftung d. Geschäftsführers 93, 188

Haftungsbeschränkung

- Ausschluß d. Sozios 93, 282
- Haftungshöchstsumme 93, 282

Honoraranspruch d. StB

- Auslagenpauschale, § 16 StBGebV 93, 152
- Bilanzerläuterung 93, 342
- Buchführung
= Auslagenpauschale, § 16 StBGebV 93, 152
- = Rahmensatz 93, 151
- Dateivegebühren 93, 150, 151
- Gebührenrahmen
= Bilanz, GuV 93, 342
- = Buchführungshonorar 93, 151

– Interessenkollision	93, 207	Praxisabwickler	
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50	– Berufungsbefugnis	93, 44
– = nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52,	Provisionsgeschäfte	
	203, 205	– Untreue	93, 106
– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	93, 203	Prozeßauftrag	
– Schreibgebühren, § 17 StBGebV	93, 152	– Beweissicherung	93, 325
– Schriftform	93, 205	– zwei Rechtsanwälte	93, 330
– Teilleistung	93, 200	Prüfungsauftrag	
– Verjährung des –		– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44
– = Einrede in zweiter Instanz	93, 201	– Unterschrift d. Gesellschafters	93, 251
– Zeithonorar		Rechtsanwalt	
– = Darlegungslast	93, 51, 342	– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221
– = Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51	– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78
Honoraranspruch d. WP		– Beratungspflichten	
– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44	– = Gaststättenübernahmevertrag	93, 78
Kausalität		– Beweissicherung	93, 325
– Bilanzfehler	93, 283	– Maklertätigkeit	93, 282
– Fehler d. Gerichts/Fehler d. RA	93, 301	– Verantwortungsbereich bei Fehler	
– inzw. Pflichtwidrigkeit u. Schaden		– d. Gerichts	93, 301
– = Sicherheit d. Ehefrau	93, 283	– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158, 22
– f. Steuerhaftung	93, 188	– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158
Kenntnis d. Steuerrechts		Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
– höchstrichterliche Rechtsprechung	93, 313	– d. GmbH	93, 78
– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62	– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2	
Kenntnis d. Zivilrechts		– = Kindergeld	93, 44
– BGH-Meinung	93, 139	Rechtsmittelauftrag	
Konkursverwalter, Haftung d. –		– mehrfache Berufung	93, 312
– Pflichtverletzung d. Sequesters	93, 222	vorvertraglicher Regreßanspruch	
Kündigung d. Mandats		– Verjährung d.	93, 91
– fristlos, § 627 BGB	93, 159	– Versicherungsschutz	93, 214
Maklervertrag		Revision	
– Anwaltsberuf	93, 282	– durch WPG/StBerG	93, 2
Mandatsniederlegung		Rundschreiben d. StB	
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273	– Zugang d. –	93, 234
Mitverschulden		Sachverhaltsermittlung	
– Kenntnis d. Mandanten	93, 251	– durch Steuerberater	93, 288
– Zeitablauf	93, 260	Schaden	
Mustereinspruch	93, 74	– Behördenentscheidung, richtige –	93, 313
Nachbesserung		– Betriebsaufspaltung	93, 223
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47	– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99
Notar		– Familienunternehmen	93, 223
– Belehrungspflichten		– Gerichtsentscheidung	93, 184
– = Darlegungs-Beweislast	93, 3	– Rechtsprechungsänderung	93, 313
– = Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78	– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäfts.	93, 188
– = Wegerecht	93, 333	– Steuervorteile	
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117	– = Korrektur d. –	93, 236
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige	93, 222, 339	– = rechtswidrige –	93, 44, 62
– = Anwaltsfehler	93, 301	– Zuschätzung	93, 36
– Grundbucheinsicht	93, 3	Schadenersatz	
– Grundstücksbezeichnung	93, 301	– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116
– Rechtskenntnis	93, 3	Sequester	
– Vermögensvormund	93, 103	– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137	– Regreß im Konkurs	93, 222
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91		

Sozietät			
– irreführende Angaben, § 3 UWG			
= gemischte –	93, 116		
– überörtliche –	93, 116		
= Zugang von Schriftstücken	93, 306		
Sozietätsvertrag			
– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2		
Standesrecht			
– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192		
StB-GmbH			
– Haftung d. Geschäftsführers	93, 240		
Steuerberatungsvertrag			
– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112		
Steuererklärung			
– Unmöglichkeit d. –	93, 238		
Steuergestaltungsberatung			
– höchstrichterliche Rechtsprechung	93, 313		
– Rechtsprechungsänderung	93, 313		
– relativ sicherster Weg	93, 313		
gewerbliche Tätigkeit			
– Anwaltsberuf	93, 282		
Teilleistung			
– Vergütungsanspruch	93, 200		
Telefax			
– Ausgangskontrolle	93, 221, 222		
Treuhänder			
– Aufrechnung mit Schadensersatzansprüchen	93, 306		
– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26		
– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2		
– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26		
– Rechnungslegungspflicht	93, 2		
– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90		
– Versicherungsschutz	93, 214		
Umsatzsteuer			
– Anspruch a. Rechnungserteilung	93, 249		
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233		
Unterschrift			
– i. A.	93, 249		
Untreue			
– verschleierte Provision	93, 106		
Vergleichsverwalter			
– bestätigte Warenbestellung	93, 158		
Verjährung, § 51 BRAO			
– vorvertragliche Ansprüche	93, 91		
– f. RA-Treuhänder	93, 90		
– Verjährungsbeginn			
= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91		
= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163		
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= Anlaß für –	93, 36		
= Ersterwerbermodell	93, 142		
– Verjährungsbeginn			
= Bestandskraft	93, 36		
= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79		
= Fristversäumnis	210		
= Grundlagenbescheid	93, 313		
= Schlußbesprechung	93, 195		
= mit Sicherheitsleistung	93, 79		
= Vermögensgefährdung, Gewerbesteuerminimierung	93, 35		
= Wirtschaftsberatung	93, 142		
= Zugang d. Steuerbescheides	93, 177, 313		
– Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch			
= Primärverjährungsende	93, 210		
– Verjährungshemmung			
= Verhandlung	93, 212		
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO			
– Kenntnis d. Schadens	93, 270, 341		
= Wissenszurechnung d. RA	93, 271		
– Verjährungsbeginn	93, 21, 117		
= anderw. Ersatzm.	93, 342		
Vermögensvormund			
– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103		
Versäumnisurteil			
– Flucht i. d. Säumnis	93, 116		
Verschwiegenheit			
– Forderungsabtretung	93, 2		
– Konkurs d. Mandanten	93, 277		
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273		
= Mandatsniederlegung	93, 273		
Versicherungsschutz			
– Treuhandtätigkeit	93, 214		
Verspätungszuschläge			
– teilweise Berufsunfähigkeit d. StB	93, 108		
– Darlegungslast d. StB	93, 342		
Werbeverbot			
– Drittwerbung	93, 2		
unlauterer Wettbewerb			
– Wirtschaftsprüfersiegel	93, 312		
Wiedereinsetzung			
– Hilfstätigkeit	93, 194		
– Rechtsirrtum			
= Praxisabwickler, Befugnisse	93, 44		
– Unterschriftenkontrolle	93, 194		
Wirtschaftsberatung			
– Umfang d. –	93, 142		
Mustereinspruch	93, 74		
Wirtschaftsprüfer			
– Befangenheit, § 319 HGB	93, 44		
– Rechtsberatung			
= Kindergeld	93, 44		
Wirtschaftsprüfersiegel			
– unlauterer Wettbewerb	93, 312		

Zahlungsverkehr d. Mandanten		BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92	93, 98
– Überwachung d. –	93, 188	= WM 1993, 382	
		= NJW 1993, 734	
Zugang		BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 200/91	93, 163
– b. überörtlicher Sozietät	93, 306	BGH v. 9. 11. 1992 – II ZR 141/91	93, 90
Zuschätzung		= WM 1992, 2132	
– Schaden?	93, 36	= NJW 1993, 199	
Zwangsvollstreckung		= BB 1992, 2454	
– gg. betagten StB	93, 194	= MDR 1993, 84	
Zwischenvermietung		BGH v. 17. 11. 1992 – X ZB 20/92	93, 222
– Belehrungspflichten	93, 62	BGH v. 25. 11. 1992 – VIII ZB 29/92	93, 78
		= WM 1993, 67	
		= DB 1993, 266	
		= MDR 1993, 177	
BGH v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89	93, 103	BGH v. 2. 12. 1992 – VIII ZR 50/92	93, 249
BGH v. 30. 10. 1990 – I StR 544/90	93, 106	= NJW 1993, 536	
BGH v. 29. 11. 1990 – IX ZR 107/90	93, 137	= WM 1993, 519	
= WM 1991, 235		= ZIP 1993, 198	
= BB 1991, 302		BGH v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92	93, 79
= NJW 1991, 1113		= BB 1993, 244	
= DB 1991, 694		= DB 1993, 322	
BGH v. 31. 10. 1991 – IX ZR 303/90	93, 282	= NJW 1993, 1139	
= WM 1992, 279		BGH v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92	93, 187
BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	93, 78	= BB 1993, 386	
= WM 1992, 527		= WM 1993, 703	
= NJW RR 1992, 393		= VersR 1993, 466	
= MDR 1992, 906		BGH v. 13. 1. 1993 – VIII ZR 112/92	93, 159
= DNotZ 1992, 457		= BB 1993, 607	
BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91	93, 222	= NJW RR 1993, 505	
= WM 1992, 739		= WM 1993, 795	
BGH v. BGH v. 24. 3. 1992 – X ZB 2/92	93, 44	BGH v. 14. 1. 1993 – XI ZR 76/92	93, 222
= NJW 92, 2158		BGH v. 21. 1. 1993 – III ZR 15/92	93, 283
= VersR 92, 1420		BGH v. 9. 2. 1993 – XI ZB 2/93	93, 158
BGH v. 1. 4. 1992 – XII ZB 21/92	93, 194	= BB 1993, 752	
= VersR 1992, 1421		= MDR 1993, 469	
BGH v. 30. 4. 1992 – III ZR 151/91	93, 44	BGH v. 11. 3. 1993 – IX ZR 202/91	93, 222
= WM 1992, 1148		BGH v. 22. 4. 1993 – VII ZB 2/93	93, 250
= BGHZ 118, 142		BGH v. 29. 4. 1993 – IX ZR 101/92	93, 260
= NJW 92, 2021		= NJW 93, 1598	
BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 174/91	93, 21	BGH v. 27. 5. 1993 – III ZB 9/93	93, 249
= VersR 1992, 1482			
= WM 1992, 1742		OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 – 4 U 188/91	93, 26
= MDR 1992, 1188		OLG Bremen v. 30. 7. 1991 – 3 U 45/91	93, 2
= NJW 1992, 3034		= DStR 1992, 78	
= JR 1993, 280 m. Anm. Giesen		OLG Celle v. 19. 12. 1990 – 3 U 111/89	93, 44
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91	93, 3	= DStR 1992, 159	
= DB 1992, 1925		OLG Celle v. 25. 3. 1991 – 6 U 41/91 n. rkr.	93, 78
= WM 1992, 1662		= RPKU 1.213/92	
= NJW 1992, 3237		OLG Celle v. 18. 2. 1992 – 20 U 67/91	93, 222
BGH v. 8. 10. 1992 – IX ZR 98/91	93, 78	= NJW-RR 1992, 865	
= WM 1993, 420		OLG Düsseldorf v. 6. 2. 1991 – 6 U 90/90	93, 158
= NJW RR 1993, 243		= NJW-RR 1992, 1311	
= MDR 1993, 280		OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 6 U 161/90	93, 306
BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92	93, 117	= RPK U 1.071/91	
= WM 1993, 251			
= NJW 1993, 648			
BGH v. 15. 10. 1992 – I ZB 8/92	93, 312		

OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 11/91 93, 238
 OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr. 93, 2
 = RPKU 1.226/92
 OLG Düsseldorf v. 11. 7. 1991 – 13 U 49/91 93, 298
 OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91 93, 205
 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91 93, 29
 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91 93, 47
 OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91 93, 50
 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91 93, 112
 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91 93, 207
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91 93, 233
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91 93, 151
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91 93, 201
 OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91 93, 236
 OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91 93, 181
 OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91 93, 149
 OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91 93, 52
 OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91 93, 177
 OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91 93, 203
 OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91 93, 210
 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91 93, 110
 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91 93, 240
 OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 – 13 U 258/91 93, 45
 OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92 93, 139
 OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 – 18 U 160/92, rkr. 93, 56
 OLG Düsseldorf v. 14. 12. 1992 – 1 Ws 1155/92 93, 277
 OLG Düsseldorf v. 7. 1. 1993 – 13 U 83/92 rkr. 93, 342
 OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992 93, 2
 = RPKU 1.184/92
 OLG Hamburg v. 14. 5. 1993 – 14 U 118/92, rkr. 93, 288
 OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90 93, 185
 OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91 93, 158
 OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91 93, 35
 OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr. 93, 142
 OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91 93, 116
 = StB 1993, 9
 OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92 93, 194
 = VersR 1993, 379
 OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr. 93, 62
 OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 97/92 93, 195
 = NJW-RR 1993, 413
 OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91 93, 200
 = NJW-RR 1993, 250
 OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90 93, 194
 = RPKU 1.121/91

OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr. 93, 214
 OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91 93, 36
 OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91 93, 116
 = OLG-Report 1992, 82
 OLG München v. 30. 1. 1992 – 1 U 4568/91 93, 231
 OLG München v. 20. 3. 1992 – 21 U 6235/91 93, 78
 = NJW-RR 1992, 1309
 OLG Oldenburg v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92 93, 223
 OLG Oldenburg v. 6. 4. 1993 – 5 U 86/92 93, 251
 OLG Stuttgart v. 6. 10. 1992 – 12 U 68/92 93, 306
 = WPK-Mitt. 1993, 76

LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92 93, 44
 = WP-Mitt. 1992, 143
 LG Frankfurt v. 25. 3. 1992 – 2/21 O 233/91 93, 268
 LG Hamburg v. 10. 4. 1992 – 303 O 340/91 93, 293
 LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 O 232/91, rkr. 93, 200
 = RPKU 1.216/92
 LG Hannover v. 16. 12. 1992 – 22 O 156/91 93, 312
 = WPK-Mitt. 1993, 80
 LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91 93, 2
 = NJW 1992, 1241
 = WP-Mitt. 1992, 140
 LG Oldenburg v. 3. 11. 1992 – 7 O 830/92, rkr. 93, 301
 LG Wiesbaden v. 3. 2. 1989 – 9 O 496/87 – n. rkr. 93, 249

BFH v. 28. 8. 1991 – I R 37/91 93, 2
 = DSz 1992, 254
 BFH v. 26. 3. 1992 – IV R 74/90 93, 116
 = BStBl 1993 II 96
 = BB 1992, 2471
 = DSz 1993, 89
 BFH v. 18. 1. 1993 – X R 83/91 93, 249
 = BFH/NV 1993/427

Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91) 93, 2
 = WPK-Mitt. 1992, 132

SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, n. rkr. 93, 44
 = WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192

FG Baden-Württemberg v. 1. 4. 1992 – 5 K 298/89 93, 306
 = LEXinform 0102458
 FG Saarland v. 28. 7. 1991 – 1 K 185/91 93, 108